

**Beschlussbuch**  
**Ordentliche**  
**Mitgliederversammlung**  
**Jusos Münster**  
**09.01.2022**



# Inhalt

A1 Arbeitsprogramm der Jusos Münster 2022: Kämpfen, wo das Leben ist! -----	3
A2 Alles nur junge Männer?! Feministische Lösungen für Frauen auf der Flucht!-----	19
A3 Wohnungslosigkeit effektiv beenden - Perspektiven schaffen-----	24
A4 Nicht mein Bier!? - Zur Notwendigkeit der feministischen Praxis in unserem Verband -----	29
A5 "Sozialismus statt Selektion" - Unsere Forderungen für eine behindertengerechtere Arbeits- und Bildungspolitik-----	33
A6 Reproduktive Selbstbestimmung - Jetzt! -----	38
A7 Wir bleiben alle LinX!-----	44

# 1 **A1 Arbeitsprogramm der Jusos Münster 2022: Kämpfen, wo das Leben ist!**

2  
3 Jungsozialist\*in sein bedeutet, an die Möglichkeit von einem besseren System zu glauben und aktiv  
4 dafür einzustehen. Ein System fernab von kapitalistischer Verwertungslogik und struktureller  
5 Diskriminierung, wie sie in unserer Gesellschaft wirkt und etwa Frauen, Queere, BIPOC und  
6 Behinderte unterdrückt und ausschließt.

7 Als Jungsozialist\*innen sind wir der festen Überzeugung: Das von uns erträumte System ist der  
8 demokratische Sozialismus. Für ihn alles zu geben können zwar viele nicht verstehen, aber  
9 gemeinsam wollen wir in der ersten Reihe stehen, wenn es darum geht gegen Patriarchat,  
10 Antisemitismus, Rassismus, Faschismus, Ableismus und jede Form der Menschenfeindlichkeit  
11 einzustehen. Und gemeinsam formulieren wir unsere grundlegende Analyse, dass der freien  
12 Entfaltung aller das kapitalistische System entgegensteht. All jene, die sich unseren Idealen  
13 verbunden fühlen, wollen wir ebenso von diesem Kampf überzeugen und werden deshalb nicht  
14 müde in Münster laut und stark für unsere Sache einzustehen.

15 Als Jusos Münster fühlen wir uns dazu verpflichtet, Ort des politischen Kampfes im Kleinen und  
16 Großen zu sein: Sei es im Wahlkampf, auf dem PoliTisch, in Partei und Verband, auf der Straße und  
17 natürlich beim Kaltgetränk in der Kneipe. Wir wollen kämpfen, wo das Leben ist!

## 18 19 **I. Unsere Arbeitsweise**

20 Die Vernetzung auf den verschiedenen Ebenen unseres Verbandes und unserer Partei ist uns hier in  
21 Münster schon lange ein wichtiges Anliegen. Münster stellt den Landesvorsitzenden der NRW Jusos  
22 und zwei unserer Genoss\*innen sorgen im Rat der Stadt Münster für stabile jungsozialistische  
23 Kommunalpolitik. Darüber hinaus sind wir nach wie vor im Bundesvorstand der Jusos vertreten, wie  
24 auch im Unterbezirksvorstand der Partei; inzwischen stellen wir sogar zwei stellvertretende  
25 Vorsitzende der SPD Münster. Diese starke Präsenz wird ergänzt durch unser Auftreten auf  
26 Parteitag, Landes- und Bundeskonferenzen, wenn wir unsere Anträge einbringen, verteidigen und  
27 gemeinsam mit vielen anderen engagierten Genoss\*innen für die beste Beschlusslage diskutieren.  
28 Unsere Vertretung auf den verschiedenen Ebenen, wie auch unsere Präsenz in Ausschüssen,  
29 Parteitag und Konferenzen wollen wir auch in diesem Jahr beibehalten und die Weichen dafür  
30 setzen, dass Münster auch in Zukunft ein bedeutender Unterbezirk bleibt.

### 31 32 **I.I. Der PoliTisch**

33 Donnerstag ist PoliTisch Zeit und für jede\*n Jungsozialist\*in in Münster heißt das, es ist Zeit für tiefe  
34 inhaltliche Debatten, Zeit fürs Weiterbilden und Zeit für die Vernetzung. Besonders froh waren wir  
35 im Herbst letzten Jahres, dass wir uns nach über 1,5 Jahren endlich wieder in Präsenz treffen  
36 konnten und nutzen seither jeden Donnerstag erneut, um alle interessierten Jungsozialist\*innen in  
37 Münster die Gelegenheit des gegenseitigen Austausches zu bieten, denn eins steht fest: Unser  
38 PoliTisch gehört zu uns!

39

40 Deshalb bleibt es auch in diesem Jahr dabei, dass wir uns jeden Donnerstag treffen wollen, um über  
41 verschiedene Fragen und Probleme zu diskutieren. In alphabetischer Reihenfolge wechseln sich  
42 dabei unsere PoliTisch-Teams mit den Themen Antifaschismus und Antirassismus, Bildung, Europa  
43 und Internationales, Feminismus, sowie Soziales und Umwelt ab.

44 Außerhalb dieser Reihenfolge ist jeder erste Donnerstag eines jeden Monats für unseren PoliTisch  
45 Organisatorisch reserviert. Als öffentliches Vorstandstreffens wollen wir hier gemeinsam Aktionen  
46 planen und über brandaktuelle Ereignisse diskutieren. Für letzteres ist uns die politische  
47 Viertelstunde seit langem eine treue Begleiterin. Auf sie wollen wir auch in diesem Jahr nicht  
48 verzichten, genauso wie auf unsere feministische Viertelstunde. Wie im letzten Jahr auch werden  
49 dabei feministische Viertelstunde und politische Viertelstunde im Wechselmodell veranstaltet.

50 Eine besondere Aufgabe kommt außerdem unseren Vertreter\*innen im Rat der Stadt Münster, dem  
51 Bundesvorstand der Jusos, dem Landesvorstand der Jusos, wie auch aus dem Unterbezirksvorstand  
52 der SPD Münster zu. An sie richten wir den berechtigten Anspruch, sich auch nach ihrer Wahl beim  
53 PoliTisch Organisatorisches einzubringen und uns von ihrer Arbeit zu berichten. Ist einzelnen der  
54 Besuch aus nachvollziehbaren Gründen einmal nicht möglich, erwarten wir dass der\*dem  
55 Sprecher\*in ein schriftlicher Bericht vorgelegt wird, der allen Genoss\*innen auf dem PoliTisch  
56 Organisatorisches vorgestellt werden kann.

57

58 Der Aufbau unseres PoliTisches ist häufig Anlass für Gruppenarbeiten. In diesen können wir  
59 ermöglichen, dass sich alle Mitglieder genau dem Schwerpunkt widmen können, der sie am meisten  
60 interessiert beziehungsweise bei dem sie am meisten lernen können. Auch wenn wir anerkennen,  
61 dass diese Arbeitsweise oft große Vorteile mit sich bringt, wollen wir auch auf methodische Vielfalt  
62 achten. Bei unseren digitalen PoliTischen haben wir zuletzt neue Formate wie etwa Quizze  
63 ausprobiert. Wir wollen uns aber auch in diesem Jahr nicht lumpen lassen, uns neue Methoden  
64 auszudenken und diese auszuprobieren. Wichtig bleibt unser Anspruch bei Gruppenarbeiten  
65 mindestens ein Thema anzubieten, welches ohne Textarbeit auskommt.

66 Einladungen an Expert\*innen aus verschiedenen Fachbereichen sind uns darüber hinaus ein gutes  
67 Mittel, um uns noch vielfältiger aufzustellen und unsere Arbeit interessant und niedrigschwellig zu  
68 halten. Gemäß unserem feministischen Neumitgliederkonzept, wie auch dem Vielfaltskonzept  
69 wollen wir bei diesen Einladungen darauf achten, erstens eine Frauenquote von mindestens 50%  
70 am Jahresende zu erreichen und zweitens Perspektiven jenseits einer weißen cis-hetero Sichtweise  
71 abzubilden.

72

### 73 **I.II. Die Vorstandsarbeit**

74 Der Vorstand in Münster hat vor allem eine zentrale Aufgabe: Allen Jusos vor Ort ein  
75 niedrigschwelliges Angebot für politische Partizipation zu bieten. Dafür trifft sich der Vorstand  
76 mindestens einmal im Monat, um anstehende Aufgaben, Projekte und Veranstaltungen zu  
77 koordinieren. Bedeutende organisatorische oder inhaltliche Entscheidungen werden mit allen  
78 Mitgliedern auf dem PoliTisch Organisatorisch getroffen und Funktionär\*innen aller Ebenen sind  
79 präsent, um sich den Fragen und Anregungen aller Mitglieder zu stellen. Darüber hinaus wollen wir

80 an der zuletzt etablierten Praxis festhalten, dass auf einem jeden PoliTisch für die Beteiligung an  
81 einem der PoliTisch Teams geworben wird.

82

83 Damit alle Mitglieder sich darauf verlassen können, dass die auf dem PoliTisch Organisatorisch sowie  
84 unseren Mitgliederversammlungen gefassten Beschlüsse und Entscheidungen umgesetzt werden,  
85 muss sich unser Vorstand in besonderem Maße verpflichtet fühlen. Von ihm wird daher ein  
86 herausragendes Maß an aktiver Beteiligung und Engagement erwartet; die aktive Teilnahme an  
87 allen Veranstaltungen der Jusos Münster, sofern nicht begründete Entschuldigungen vorliegen, sind  
88 für alle Vorstandsmitglieder verpflichtend. Deshalb sind die Vorstandsmitglieder je für einen der  
89 PoliTisch-Themenbereiche zuständig und nehmen sich außerdem eines Arbeitsbereiches an. Diese  
90 Arbeitsbereiche lauten: Bildungsarbeit, Bündnisarbeit, Gleichstellungsarbeit, Öffentlichkeitsarbeit  
91 und Neumitgliederbetreuung sowie die Vernetzung mit der Juso-Hochschulgruppe.

92 Jeweils eine Person aus dem Vorstand fühlt sich darüber hinaus zuständig Ansprechpartner\*in für  
93 Schüler\*innen und Auszubildende innerhalb des Verbandes zu sein, um die mögliche Neugründung  
94 der JSAG in Münster nicht aus den Augen zu verlieren. Zusätzlich bekennen wir uns zu unserem  
95 Anspruch das Empowerment von BIPoC innerhalb unserer Strukturen voranzutreiben, weshalb sich  
96 ein Vorstandsmitglied besonders für diese Statusgruppe als Ansprechpartner\*in anbieten wird.  
97 Diese Zuständigkeiten müssen transparent für alle Jusos erkennbar sein.

98 Für alle Genoss\*innen und Interessierten hält der Vorstand zusätzlich verschiedene Formate des  
99 Feedbacks offen. So soll etwa der im letzten Jahr etablierte anonyme Feedbackbogen durch  
100 Hinweise (wie etwa QR Codes) auf jeder Veranstaltung prominenter vorgestellt und bekannt  
101 gemacht werden.

102

103 2019 haben wir unser feministisches Neumitgliederkonzept beschlossen, im vergangenen Jahr  
104 folgte schließlich das Vielfaltskonzept. Unsere Bemühungen für einen Verband, der die Vielfalt  
105 unserer Gesellschaft widerspiegelt, ist damit aber nicht beendet. Besondere Aufgabe in diesem Jahr  
106 wird es deshalb sein, beide Konzepte einer Evaluation unter Einbeziehung interessierter Mitglieder  
107 zu unterziehen und gemeinsam zu überlegen, wie ein aktuelles intersektionales Konzept aussehen  
108 kann. Der Vorstand wird sich auf den Weg machen, für dieses Ziel eine Arbeitsgruppe zu  
109 organisieren, die zur nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung ein Konzept in Form eines  
110 eigenen Antrages vorstellen wird. Auch die Beschlüsse auf Landesebene sollen dabei  
111 Berücksichtigung finden, um zu evaluieren, inwiefern die dort gefundenen Maßnahmen auch für die  
112 Unterbezirksebene anwendbar sind.

113

### 114 **I.III. Landtagswahlkampf 2022**

115 Auch 2022 begleitet uns wieder ein Wahlkampf durch das politische Jahr - im Mai wird der neue  
116 Landtag gewählt und wir wollen selbstverständlich wieder alles dafür geben, dass die SPD einen  
117 Erfolg einfährt. Erstens um die schwarz-gelbe Landesregierung endlich in die Rente zu schicken und  
118 für einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten zu streiten. Zweitens für eine Münsteraner  
119 Perspektive in Düsseldorf, auf die wir nun schon so lange und schmerzlich verzichten müssen.

120

121 In Münster haben sich drei Kandidierende auf den Weg gemacht, genau dafür einzustehen, und sie  
122 wollen wir tatkräftig auf ihrem Weg in den Landtag unterstützen. Einerseits innerhalb der  
123 Parteistrukturen, denn erneut wollen wir Teil der ZWKL der SPD Münster sein und so den  
124 Wahlkampf an entscheidender Stelle mitgestalten. Andererseits ist es aber natürlich auch unser  
125 erklärtes Ziel, jungen Menschen in Münster die sozialdemokratische Idee nahe zu bringen und sie  
126 davon zu überzeugen, ihr Kreuz bei der SPD zu machen. Dafür organisieren wir erneut einen  
127 fulminanten Jugendwahlkampf, der seines gleichen suchen wird. Damit alle Jusos in Münster die  
128 Gelegenheit haben werden, sich ganz nach ihren Fähigkeiten und Interessen in diesen  
129 Jugendwahlkampf einzubringen, organisieren wir erneut unsere Wahlkampfkernegruppe (WKKG),  
130 die neben dem Zeitplan auch unsere Materialbestellungen im Blick behält und gesonderte  
131 Jusoaktionen plant. Neben der WKKG halten wir natürlich auch an unserem Socialmedia Team im  
132 Wahlkampf fest, bei dem sich besonders die Genoss\*innen einbringen können, die Lust auf online  
133 Wahlkampf haben. Im Rahmen einer eigens dafür angelegten offenen Gruppe auf Telegram oder  
134 Signal wollen wir allen Münsteraner Jusos die Möglichkeit geben, so niedrigschwellig wie nur  
135 möglich über alle Wahlkampfaktionen auf dem Laufenden zu bleiben.

136

#### 137 **I.IV. Sommerschule**

138 Was es bedeutet, Juso zu sein, ist in den Grundpfeilern unseres Verbandes zusammengefasst: Wir  
139 verstehen uns als Internationalist\*innen, Antifaschist\*innen, Sozialist\*innen und Feminist\*innen.  
140 Juso in Münster zu sein, bedeutet aber noch mehr: Es bedeutet Teil einer Gruppe zu sein, die auch  
141 geprägt ist durch freundschaftliche Verbundenheit. Eine Verbundenheit, die uns nach jedem  
142 PoliTisch ins Plan B treibt, denn wir wollen nicht nur politisch streiten, sondern uns auch als Gruppe  
143 gut verstehen. In den vergangenen zwei Jahren mussten wir besonders auf diese Vernetzungsarbeit  
144 häufig verzichten, da sie online niemals die gleiche Dimension erreichen kann, wie bei  
145 Präsenzveranstaltungen.

146 Aus diesem Grund wollen wir in diesem Jahr für mindestens zwei Tage im Sommer zusammen weg  
147 fahren und eine Sommerschule veranstalten. Auf dieser Fahrt wollen wir natürlich ausreichend  
148 Raum für Vernetzung geben und zeitgleich wollen wir allen interessierten Mitgliedern die  
149 Möglichkeit geben, einen Workshop zu ihrem Herzensthema an zu bieten. Ein solcher Workshop  
150 kann zu einem Überthema, wie etwa dem Feminismus, angeboten werden oder aber auch eine  
151 konkrete politische Streitfrage angehen. So wollen wir einen bunten Mix aus informellem und  
152 Bildungsarbeit anbieten, der sich insofern von unseren klassischen Seminaren unterscheidet, als  
153 dass das Ziel lautet, dass sich Mitglieder außerhalb des Vorstandes stärker als bisher einbringen  
154 können. Selbstverständlich können auch Vorstandsmitglieder Workshops anbieten; Ziel ist jedoch  
155 vor allem, Mitglieder ohne Funktion zu empowern. Unbedingt beachtet werden muss natürlich  
156 unser Anspruch einer quotierten Veranstaltung: Mindestens 50% der Workshops sollen daher von  
157 Frauen veranstaltet werden.

158 Eine Projektgruppe soll sich mit der genauen inhaltlichen Ausdifferenzierung der einzelnen  
159 Veranstaltungen beschäftigen, so dass sich alle Mitglieder beteiligen können. Dem Vorstand kommt

160 dabei die Aufgabe zu, die Arbeit der Projektgruppe durch organisatorische Unterstützung zu  
161 erleichtern und einen Ort für die Sommerschule zu finden, der ohne erhebliche finanzielle  
162 Belastungen einzelner Mitglieder allen ermöglicht mitzufahren.

163

#### 164 **I.V. Kooperationen und Bündnisarbeit**

165 Unsere Arbeit lebt davon, dass wir uns mit anderen progressiven Kräften zusammenschließen, um  
166 gemeinsam stärker zu sein. Von daher nimmt die Bündnisarbeit für uns einen besonderen  
167 Stellenwert ein und ist zu Recht ein eigener Arbeitsbereich im Vorstand. Besonders in Zeiten der  
168 gesellschaftlichen Spaltung, verstehen wir uns als solidarische Kämpfer\*innen. Denn klar ist: Wir  
169 wollen die Stadt nicht denen überlassen, denen Solidarität kein Begriff zu sein scheint.

170

171 Bereits innerhalb der Strukturen der SPD und der Jusos finden wir Bündnis- und  
172 Kooperationspartner\*innen, die uns wichtig sind.

173 Aus der Überzeugung heraus, dass wir nur gemeinsam stark sind, pflegen wir in Münster schon seit  
174 langem ein enges Verhältnis zu unseren Hochschulgrüpler\*innen vor Ort. Dass ein  
175 Vorstandsmitglied von der Juso-Hochschulgruppe nominiert wird und dann für die Vernetzung  
176 zwischen unseren zwei Gruppen zuständig ist, ist schon lange eine wichtige Tradition, auf die wir  
177 auch in diesem Jahr nicht verzichten wollen. Vernetzungsaktionen wie etwa die gemeinsame  
178 Weihnachtsfeier oder ein gemeinsames Plenum, sowie ein gemeinsamer PoliTisch waren in der  
179 Vergangenheit wichtige Termine, die uns auch in diesem Jahr begleiten sollen. Doch  
180 Freund\*innenschaft unter Jusos und Juso-HSG heißt eben auch aktive Unterstützung. Deshalb  
181 wollen wir uns auch diesen Sommer wieder beim Hochschulwahlkampf einbringen, wenn es heißt,  
182 wichtige Plätze in StuPa und Senat zu verteidigen und neue dazu zu gewinnen. Im Gegenzug freuen  
183 wir uns natürlich auf die Hilfe der Hochschulgruppe im Landtagswahlkampf, denn am Ende kommt  
184 es auf jede\*n Einzelne\*n an.

185 Jenseits dieser Aktionen und Veranstaltungen hat es sich für uns alle bewährt, wenn die für die Jusos  
186 Münster auf der einen Seite und für die Juso-Hochschulgruppe auf der anderen Seite  
187 Verantwortlichen den regelmäßigen Kontakt aufrecht erhalten um die gemeinsame  
188 Zusammenarbeit stetig zu verbessern.

189

190 Kritische Solidarität - so ordnen wir Jusos unsere Beziehung zur SPD gerne ein. Doch was genau heißt  
191 das eigentlich? Für uns Jusos Münster bedeutet das nicht weniger, als dass wir uns als aktives  
192 Sprachrohr für die Belange von linken, jungen Menschen innerhalb der SPD verstehen und uns in  
193 Folge dessen innerhalb der Partei in Gremien und sämtlichen Strukturen einbringen. Deshalb sind  
194 wir mit starker Stimme im Vorstand der SPD Münster vertreten und deshalb pflegen wir einen  
195 besonderen Austausch - auch außerhalb vom Wahlkampf mit allen Genoss\*innen, die Interesse  
196 daran haben. Dabei ist uns die Zusammenarbeit mit anderen Arbeitsgemeinschaften und auch den  
197 Ortsvereinen in Münster ein besonderes Anliegen, um voneinander zu lernen.

198

199 Jenseits unserer Juso- und SPD-Bubble pflegen wir Kontakte zu verschiedenen Akteur\*innen der  
200 politischen Linken, wie auch der Zivilgesellschaft. Diese Kontakte helfen dabei, uns selbst immer  
201 wieder zu reflektieren und besonders die dringenden Fragen unserer Kommune gemeinsam zu  
202 bewältigen. Diesen Teil unseres Engagements wollen wir nicht missen, weshalb wir uns auch dieses  
203 Jahr wieder etwa im Kein Meter Bündnis, dem Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung sowie dem  
204 Jugendbündnis gegen Antisemitismus einbringen wollen. Auch unser Engagement im neu  
205 gegründeten Bündnis K wollen wir 2022 weiterführen. Darüber hinaus wollen wir uns auch neue  
206 Türen öffnen und bleiben ständig auf der Suche nach neuen Partner\*innen und neuen  
207 Kontaktmöglichkeiten. Besonders Initiativen gegen Rassismus, Antisemitismus, Faschismus und  
208 Sexismus standen und stehen für uns im Fokus. Umweltpolitische Belange sind natürlich in dieser  
209 Aufzählung auch nicht mehr wegzudenken. Ziel von einer Vernetzung können dabei ausdrücklich  
210 auch gemeinsame Veranstaltungen sein, die es uns ermöglichen sollen, mehr Menschen außerhalb  
211 unseres Dunstkreises zu erreichen. In der Vergangenheit war etwa die Zusammenarbeit mit dem  
212 Jungen Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft in Münster ein Anstoß für gemeinsame  
213 Veranstaltungen. Diese Entwicklung wollen wir weiter vorantreiben.

214

215 Als Jugendorganisation der Sozialdemokratie verstehen wir uns ausdrücklich als solidarisch mit all  
216 jenen, die für Arbeitnehmer\*innenrechte eintreten. Dass wir deshalb eine besondere Nähe zu  
217 Gewerkschaftsjugendlichen anstreben, ist selbstverständlich. Gemeinsam setzen wir uns für  
218 Arbeitnehmer\*innen ein und der 1.Mai ist für uns Jusos jedes Jahr aufs Neue der Tag, bei dem wir  
219 genau dies verdeutlichen wollen.

220

221 Neben Initiativen und überparteilichen Organisationen und Bündnissen war für uns in Münster  
222 immer auch der Austausch mit der Grünen Jugend wertvoll. Die gemeinsame Freundschaft wurde  
223 in der Vergangenheit zum Beispiel bei gemeinsamen Politischen vertieft. Auch auf diese  
224 Zusammenarbeit wollen wir in diesem Jahr nicht verzichten.

225

## 226 **I.VI. Gleichstellungarbeit**

227 Die volle Härte des Patriarchats trifft alle nicht-männlichen Menschen unserer Gesellschaft jeden  
228 Tag aufs Neue. Ob ungleiche Bezahlung, ungerechte Verteilung der Carearbeit oder (sexualisierte)  
229 Gewalt: Frauen werden systematisch unterdrückt, nicht-heterosexuelle Menschen ihrer  
230 grundlegenden Rechte beraubt und selbst in vielen linken Kontexten scheint der Satz „Ich bin  
231 Feminist\*in“ nicht mehr zu sein als eine leere Worthülse. Das wollen wir nicht hinnehmen.  
232 Ausdrücklich verstehen wir uns als feministischer Verband und wollen nicht nur als gutes Beispiel  
233 vorangehen, sondern jede unangenehme Diskussion führen, die nötig ist, um das Fundament des  
234 Patriarchats jeden Tag ein bisschen mehr ins Wanken zu bringen. Dass auch wir unsere Strukturen  
235 und unser Verhalten immer wieder auf Sexismus untersuchen müssen, ist für uns eine  
236 Verpflichtung, die wir ernst nehmen, und gerade unseren Genossen kommt dabei die  
237 Verantwortung zu, ihren eigenen Anteil an den patriarchalen Strukturen unseres Verbandes zu  
238 hinterfragen und kritisch zu reflektieren.

239

240 Auf sämtlichen Ebenen unserer Partei unseres Verbandes und in unserer Gesellschaft setzen wir uns  
241 für die Belange von Frauen und gegen die Unterdrückung von ihnen ein.

242 Die seit Jahren in Kooperation mit der Juso-Hochschulgruppe stattfindenden  
243 Frauenvernetzungstreffen bleiben für uns bewährtes Mittel zur Unterstützung unserer Local Girl  
244 Gang. Auch an den Frauenmensatreffen, die auch im letzten Jahr nur unregelmäßig auf Grund der  
245 pandemischen Lage stattfanden, halten wir fest. Nicht nur dieses Format wollen wir hinsichtlich  
246 ihrer Erweiterung prüfen, wenn wir uns dieses Jahr fragen, wie wir unser in unserem feministischen  
247 Neumitgliederkonzept verabschiedetem Vorhaben mehr Frauen für die Mitarbeit bei uns zu  
248 gewinnen, gerecht werden können. Ein Anspruch gilt dabei besonders für Delegationen, Besuche  
249 von Veranstaltungen der NRW Jusos und der Jusos im Bund sowie auch für unsere Veranstaltungen,  
250 die außerhalb von Münster stattfinden: Dort wollen wir vor allem Frauen empowern, sich auf allen  
251 Ebenen im Verband an der inhaltlichen Arbeit und Beschlussfindung zu beteiligen.

252 Jenseits dieser Maßnahmen, die sich speziell an Frauen richten, verstehen wir es jedoch  
253 selbstverständlich auch als ausdrückliche Pflicht aller männlichen Mitglieder, sich ständig ihre  
254 Position im Patriarchat vor Augen zu führen und sich zu hinterfragen, wie die eigenen Privilegien  
255 und Verhalten Rollenmuster bedienen, die wir eigentlich überwinden wollen. Ein Format, das sich  
256 explizit dieser Aufarbeitung widmet, ist denkbar für uns, solange es nicht dazu führt, Männerbünde  
257 zu etablieren. Bei Wochenendseminaren wollen wir deshalb Genderplena abhalten, die von  
258 Personen geleitet werden, die der Vorstand hinsichtlich ihrer bisherigen Erfahrungen in Bezug auf  
259 Awarenessarbeit auswählt.

260

261 Außerhalb unserer eigenen Reihen wollen wir auch weiterhin mit feministischen Akteur\*innen der  
262 Stadtgesellschaft zusammenarbeiten. Besonders am Frauenkampftag oder auch dem  
263 internationalen Aktionstag gegen Gewalt an Frauen ist für uns eine Kooperation mit anderen  
264 progressiv feministischen Kräften denkbar.

265

266 Dem intensiven Austausch mit der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen in Münster  
267 wollen wir uns weiter verstärkt annehmen und neue Möglichkeiten der Kooperation ausloten.

268

## 269 **I.VII. Öffentlichkeitsarbeit**

270 Vor allem auf Grund der Pandemie erhöhten wir zuletzt die Taktung unserer Beiträge auf  
271 Socialmedia. Zu unseren regulären Postings ergänzten wir etwa das Format des Takeovers, welches  
272 wir auch in Zukunft weiterführen wollen. Dabei möchten wir über den Vorstand hinaus Jusos auf  
273 Landes- und Bundesebene die Möglichkeit geben einen Tag lang unseren Instagram-Kanal zu  
274 übernehmen, um so ihr Herzensthema aufzubereiten und dabei unsere Reichweite zu nutzen.  
275 Besondere Socialmedia Aktionen wollen wir auch in Zukunft planen, um neben dem Tagesgeschäft  
276 unsere Kanäle abwechslungsreich zu gestalten.

277 Neben der alltäglichen Bespielung unserer Kanäle auf Instagram und Facebook, wie etwa den  
278 Veranstaltungen für unsere wöchentlichen PoliTische, wollen wir außerdem evaluieren, inwieweit

279 neue Socialmedia Kanäle wie Twitch oder TikTok sinnvoll sind. Des Weiteren wollen wir kritisch  
280 hinterfragen, wie wir unseren Online-Auftritt für Menschen mit Behinderung oder auch geringen  
281 Deutsch-Kenntnissen verbessern können. Auch ihnen wollen wir alle Möglichkeiten geben, sich an  
282 unserer Arbeit zu beteiligen. Ziel ist, dass unsere Website mit einem Text auf einfacher Sprache  
283 ergänzt wird und dass (wo die Plattformen dies erlauben) unsere Postings auf Socialmedia mit  
284 Alternativtexten versehen werden.

285

286 Besonders für den Wahlkampf ist für uns von Bedeutung, eine große Reichweite bei unseren  
287 potentiellen Wähler\*innen zu generieren. Die zuvor bereits angesprochene Online-  
288 Wahlkampfgruppe soll sich mit diesem Thema auseinandersetzen und dabei auch diskutieren,  
289 inwieweit wir unser Wahlkampfbudget für Wahlwerbung auf Socialmedia nutzen sollten und  
290 können.

291

292 Neben der Onlinepräsenz wollen wir selbstverständlich auch die in Münster traditionell  
293 konservative Presse nicht aus dem Blick verlieren und weiter versuchen, unsere Statements in den  
294 lokalen Medien zu platzieren.

295

## 296 **I.VIII Neumitgliederarbeit**

297 Die Neumitgliederarbeit in Münster bedeutet vor allem, dass wir Neumitgliederseminare in  
298 regelmäßigen Abständen anbieten und sich die\*der Neumitgliederbeauftragte an neu in Münster  
299 gemeldete Mitglieder wendet und diese auf Partizipationsmöglichkeiten hinweist. Im vergangenen  
300 Jahr wurde unser bereits bestehendes feministisches Neumitgliederkonzept durch ein  
301 Vielfaltskonzept ergänzt, welches auch Neuerungen in unserer Neumitgliederarbeit etablieren soll.  
302 Unter anderem wollen wir deshalb auch in diesem Jahr wieder Auslagen mit wichtigen  
303 Informationen bei PoliTischen erstellen, aus denen auch zu entnehmen ist, wer dem Vorstand  
304 angehört und wie die einzelnen Vorstandsmitglieder kontaktiert werden können.

305

306 In der Vergangenheit hat sich bewährt, dass sich bei Neumitgliederseminaren, die von der\*dem  
307 Neumitgliederbeauftragten organisiert werden, weitere in Verband oder Partei eingebundene  
308 Personen, vorstellen. In diesem Jahr wollen wir darauf achten, dass diese Zusammensetzung  
309 niemals rein männlich ist.

310

## 311 **II. Unsere inhaltliche Arbeit**

312 Damit wir für alle politischen Diskussionen und Situationen gewappnet sind, verstehen wir als den  
313 Hauptaspekt unseres Wirkens vor allem inhaltliche Arbeit. Ob Antragsdebatte und -beschluss,  
314 Diskussion auf dem PoliTisch oder einem Seminar und natürlich Wahlkampf: All unsere Aktionen  
315 sollen auch immer dazu beitragen, unsere inhaltliche Positionierung zu schärfen und zu erweitern.  
316 Nicht zuletzt Corona hat uns in diesem Zusammenhang vor völlig neue Herausforderungen gestellt,  
317 denn unerträglich lang konnten wir uns ausschließlich im digitalen Orbit begegnen. Als  
318 einflussreicher Unterbezirk konnte uns das selbstverständlich jedoch nicht davon abhalten, bei der

319 Partei vor Ort, wie auch auf den höheren Juso-Ebenen, mitzumischen. Und nicht nur im Wahlkampf  
320 haben wir in der Vergangenheit klar gemacht, dass die Anbindung an die Münsteraner  
321 Stadtgesellschaft für uns kein nice-to-have ist!

322 Auch in diesem Jahr wollen wir also erneut unsere jungsozialistischen Überzeugungen einbringen  
323 und durchsetzen, wo es nur geht. Besonders die Landtagswahl 2022 wird dabei zeigen, ob es uns  
324 gelingen kann, die Erfolge der Bundestagswahl fortzuschreiben. Für uns außer Frage steht dabei,  
325 dass die SPD nun beweisen muss, dass sie die Chance auf eine vielfältigere Repräsentanz genauso  
326 nutzen wird wie die, endlich neuen Wind in den Landtag in Düsseldorf zu bringen, der aufräumt was  
327 die schwarz-gelbe Pannenregierung in den letzten Jahren verschlief.

328

## 329 **II.I. Unsere Themenbereiche**

330 Unsere Themenbereiche bestimmen unsere innerverbandlichen Debatten, wie auch unser  
331 gesellschaftliches Engagement. Unser Bezug zur Münsteraner Stadtgesellschaft ist uns seit jeher  
332 wichtig, weshalb jede PoliTisch Gruppe dafür Sorge zu tragen hat, dass jeweils ein PoliTisch pro  
333 Gruppe im Jahr einen kommunalen Bezug aufweist. So hoffen wir kommunale Belange sinnvoller als  
334 bisher in unsere alltägliche Arbeit einbringen zu können. 2022 sollen uns vor allem die Themen  
335 Antifaschismus und Antirassismus, Bildung, Europa und Internationales, Feminismus sowie Soziales  
336 und Umwelt beschäftigen. Gemeinsam kommen wir zusammen und füllen die abstrakte Idee des  
337 Juso-Daseins mit Leben.

338

## 339 **PoliTisch Antifaschismus und Antirassismus**

340

341 Der Antifaschismus ist für uns Jusos ein unbestrittener und notwendiger Grundwert. Wir sehen den  
342 Kampf gegen rechts als unabdingbar. Dazu gehört auch der Kampf gegen Rassismus. Wir verstehen  
343 Antirassismus nicht als eine Unterkategorie von Antifaschismus, sondern ordnen dem Antirassismus  
344 die Bedeutung als eigenen Kampf zu. Darum wird Antirassismus in unserem PoliTisch als eigener  
345 Bestandteil aufgenommen. Da wir ein mehrheitlich weißer Verband sind, müssen wir unser weiß-  
346 Sein kritisch reflektieren und dafür Sorge tragen, dass für BIPOC ein Safer-Space, insbesondere bei  
347 unserem PoliTisch Antifa und Antira, besteht. Es soll für BIPOC jederzeit möglich sein auf dem  
348 PoliTisch ihre Erfahrungen und Erzählungen einzubringen, gleichzeitig erheben wir keinen Anspruch  
349 auf kostenlose Bildungsarbeit von BIPOC. Wir wollen nach Möglichkeit zu unserem PoliTisch Antira  
350 dennoch Betroffenenperspektiven aufzeigen, indem wir Gäst\*innen einladen. Außerdem ist uns  
351 bewusst, dass die besprochenen Themen mit Rücksicht und Sensibilität für Betroffene behandelt  
352 werden müssen und werden daher mit der Verwendung von sensibler Sprache und notwendigen  
353 Triggerwarnungen unser Bestes tun, um Betroffene nicht zusätzlich zu belasten. Der PoliTisch kann  
354 dabei ergänzend zu Empowerment-Strukturen für BIPOC im Verband wirken.

355 Wir wollen das Thema Antirassismus damit beginnen, dass wir einen theoretischen PoliTisch über  
356 Rassismus und Antirassismus machen. Dabei wollen wir einerseits Definitionen verschiedener  
357 Rassismen klären, wie z.B. Alltagsrassismus oder institutioneller Rassismus, uns mit der Struktur und

358 Realität von Rassismus in Deutschland auseinandersetzen und Begriffe und wichtigste  
359 Debattenpunkte rund um Antirassismus erläutern.

360 Außerdem wollen wir uns mit antirassistischer Arbeit in Münster beschäftigen. Dazu möchten wir  
361 migrantische Selbstorganisationen vor Ort einladen, um uns mit ihnen zu vernetzen und über ihre  
362 Arbeit in Münster zu lernen. Dadurch können wir lernen, wie wir uns als Jusos Münster solidarisch  
363 und antirassistisch in der Stadt einsetzen können.

364 Weiterhin möchten wir uns mit Rassismus in den Medien auseinandersetzen. Gerade die Narrative  
365 der „cancel culture“ oder des vermeintlichen „Rassismus gegen Weiße“ gehören demaskiert. Dazu  
366 legen wir den Fokus auf Aspekte wie Sprache, Darstellung, wiederkehrende rassistische Narrative  
367 und Repräsentation in den Medien.

368 Als antifaschistisches Thema wollen wir die Radikalisierung der Corona-Leugner\*innen bearbeiten.  
369 Diese Gruppe wird eine immer größere Gefahr für unsere Gesellschaft, weshalb wir als  
370 Antifaschist\*innen uns an Gegenprotesten beteiligen. Aber auch in unserer Bildungsarbeit beim  
371 PoliTisch soll politische Arbeit gegen diese Gefahr stattfinden.

372 Außerdem nehmen wir uns vor uns mit der Zuarbeit der konservativen und liberalen Kräfte für den  
373 Faschismus auseinanderzusetzen. Während die vermeintliche „bürgerliche Mitte“ Narrative wie die  
374 Hufeisentheorie, welche wir klar ablehnen, verbreitet, verbreitet sich gleichzeitig der Faschismus  
375 und Rechtsextremismus in Deutschland. Dass Rechtsextremismus kein Randphänomen ist, sondern  
376 mitten in unserer Gesellschaft steht, muss dringend thematisiert werden.

377

## 378 **PoliTisch Bildung**

379

380 Zum Ende des Jahres 2021 sehen sich viele deutsche Bildungseinrichtungen durch die  
381 Coronapandemie einer ungewissen Zukunft gegenüber: Bei vielen Schüler\*Innen jedweder  
382 Altersstufe und Bildungsform haben sich über die letzten eineinhalb Jahre große Defizite angestaut.  
383 Das Schulsystem steckt in einer nie da gewesenen Krise – gerade jetzt ist es deshalb umso wichtiger,  
384 den Diskurs über Bildung und ihre Einrichtungen in Deutschland im großen gesellschaftlichen  
385 Rahmen zu führen. Mit unserem PoliTisch Bildung möchten wir auch im Jahr 2022 einen Beitrag zu  
386 diesem Diskurs leisten.

387 Vor allem im ländlichen Raum ist die Sicherung vielfältiger Bildung von großer Bedeutung. Dennoch  
388 ist schon seit langem zu beobachten, dass ausgerechnet in diesem Bereich viele Schulen aufgrund  
389 ständig sinkender Schüler\*Innenzahlen bereits geschlossen wurden oder ihnen dies Prognosen  
390 zufolge in naher Zukunft bevorsteht. Im Zuge unseres PoliTischs Bildung wollen wir uns deshalb  
391 damit beschäftigen, wie eine solche Schulschließungspraxis die Idee des „wohnortnahen Lernens“  
392 gefährdet und welche Auswirkungen sie für die Lernenden und deren Umgebung hat.

393 Der Anteil an Privatschulen steigt in Deutschland seit den 90er Jahren kontinuierlich. Darunter sind  
394 immer mehr alternative Schulformen, die eine vermeintlich bessere, stressfreiere oder  
395 individuellere Bildung anbieten als ihre staatlichen Pendanten. Allein in NRW besuchten im Schuljahr  
396 2019/2020 laut statistischem Bundesamt 207.000 Schüler\*innen private Bildungseinrichtungen.  
397 Diesen Trend gilt es kritisch zu beleuchten: Können Privatschulen als innovative Bildungsstätten

398 langfristigen Einfluss auf die bundesweite Bildungslandschaft nehmen und Defizite des hiesigen  
399 Schulsystems ausgleichen oder tragen sie vielmehr zur gesellschaftlichen Spaltung und Abgrenzung  
400 bei?

401 Eine andere wichtige und oft übersehene Schulform ist die Förderschule. Ihre Rolle für die Inklusion  
402 und Bildung von Schüler\*innen mit Förderbedarf ist dabei jedoch umstritten: Während sie auf der  
403 einen Seite ein rundum auf Förderbedürftige ausgelegtes Umfeld bieten kann, steht sie andererseits  
404 in der Kritik, Förderbedürftigen den Zugang zu anderen Schulformen zu verwehren und so der  
405 Inklusion im Weg zu stehen. Wir möchten uns deshalb die Geschichte, Gestaltung und Kontroverse  
406 um diese Schulform genauer ansehen und kritisch diskutieren.

407 Der Aufklärungsunterricht ist eine nicht zu unterschätzende Aufgabe des deutschen  
408 Bildungssystem. Dennoch hat sich dieser an vielen Schulen den zahlreichen gesellschaftlichen  
409 Veränderungen der letzten 10 Jahre nicht angepasst. Zum Teil wird anhand fehlerhafter Bilder und  
410 Darstellungen aus dem letzten Jahrhundert unterrichtet, sexuelle und geschlechtliche Vielfalt  
411 werden unterschlagen und aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse außenvor gelassen. Dabei ist  
412 gerade zeitgemäßer Sexualkundeunterricht essentiell für die Entwicklung Jugendlicher sowie für die  
413 gesellschaftliche Akzeptanz von LGBTQIA+. Im PoliTisch Bildung werden wir deshalb in Austausch  
414 treten, was zeitgemäßer Aufklärungsunterricht beinhalten sollte und welche Anforderungen man  
415 an ihn stellen kann.

416 Neben allgemeinen Thematiken der Bildung ist uns auch das Beleuchten des Alltags an deutschen  
417 Schulen ein Anliegen: Wie sind Schulen im Jahr 2022 digital, räumlich und personell ausgerüstet?  
418 An welchen Stellen hat das Fortschreiten der Coronapandemie im letzten Jahr eventuell den Alltag  
419 der Schüler\*innen und Lehrer\*innen beeinflusst und (eventuell auch zum Besseren) verändert? Im  
420 Rahmen dessen wollen wir auch ein zunächst banal wirkendes Thema beleuchten, welches jedoch  
421 den Alltag in deutschen Bildungseinrichtungen entscheidend prägt: die Schulspeisung. Wie steht es  
422 um deren Qualität an deutschen Schulen? Was vermag eine ausgewogene, von der Schule  
423 bereitgestellte Ernährung zum Bildungserfolg und zum sozialen Ausgleich beizutragen und wie kann  
424 der Staat eine gute Schulspeisung unabhängig von Schulform und sozialer Herkunft garantieren?

425 Auch dieses Jahr versuchen wir also wieder ein breites Themenspektrum im Bereich Bildung  
426 abzudecken und so die gesamte Bandbreite der Thematik aufzuzeigen. Schwerpunktthemen sollen,  
427 wie im vorangegangenen Text bereits näher beschrieben das Schulsterben auf dem Land mit seinen  
428 Gründen und Folgen, eine kritische Beleuchtung des Anstiegs privater Schulen in Deutschland sowie  
429 die Kontroverse um die Förderschule als Schulform sein. Im Bereich des Schulalltags werfen wir in  
430 diesem Jahr außerdem natürlich einen Blick auf Entwicklungen der Coronapandemie an Schulen  
431 sowie auf das Thema Schulspeisung und dessen verschiedene Facetten bezüglich sozialer  
432 Gerechtigkeit und ihres Beitrags zum erfolgreichen Schultag. Weiterhin wollen wir uns mit der Frage  
433 „Wie sieht zeitgemäßer Sexualkunde- und Aufklärungsunterricht aus?“ befassen. Darüber hinaus  
434 soll der PoliTisch Bildung als Gelegenheit dienen, eigene Erfahrungen auszutauschen sowie aktuelle  
435 politische Entwicklungen zu besprechen und kritisch zu diskutieren.

436

437 **PoliTisch Europa und Internationales**

438

439 Unsere Arbeit für eine solidarische, sozialistische und antikapitalistische Politik hört nicht an  
440 Grenzen auf. Nicht umsonst verstehen wir uns als internationalistischen Verband. Internationale  
441 und europäische Fragen und Probleme stehen auch im nächsten Jahr wieder auf unserer Agenda.  
442 Die Lage an der polnischen Grenze zu Belarus spitzt sich zu. Seit Wochen versuchen Tausende  
443 Migrant\*innen und Schutzsuchende von Belarus über die EU-Außengrenzen nach Polen oder in die  
444 baltischen Staaten zu gelangen. Die EU wirft dem autoritären belarussischen Machthaber Alexander  
445 Lukaschenko vor, gezielt Menschen aus Krisenregionen nach Minsk einfliegen zu lassen, um sie dann  
446 in die EU zu schleusen und so die Lage im Westen zu destabilisieren. Auch die Konzentration des  
447 russischen Militärs an der ukrainischen Grenze löst Sorgen über einen Angriff aus. Daher sollen uns  
448 gerade die osteuropäischen Staaten und ihre Entwicklung und Spannungen im kommenden Jahr  
449 beschäftigen.

450 Im nächsten Frühjahr sollen in Beijing die Olympischen Winterspiele stattfinden. Mehrere Staaten,  
451 darunter die Vereinigten Staaten von Amerika, haben bereits angekündigt, die Spiele diplomatisch  
452 zu boykottieren. Als Grund nennen sie die Nichtachtung der Menschenrechte durch die  
453 Volksrepublik, beispielsweise in Bezug auf den Umgang mit der Minderheit der Uiguren in der  
454 Provinz Xinjiang oder die Unterdrückung der Demokratiebewegung in Hong Kong. Wir wollen uns in  
455 diesem Zusammenhang mit der politischen Situation in China und den Implikationen eines Boykotts  
456 der Olympischen Spiele auseinandersetzen.

457 Der Klimawandel trifft vor allem die Länder des globalen Südens hart, zum Beispiel durch  
458 Extremwetterereignisse, die Ernten vernichten oder den Anstieg des Meeresspiegels, der  
459 küstennahe Lebensräume bedroht. Deshalb müssen wir Klimapolitik global denken. Im PoliTisch  
460 Europa und Internationales wollen wir uns daher auch mit einer sozial- und klimagerechten  
461 Entwicklungspolitik beschäftigen. Dies umfasst auch das Arbeitsfeld der Münsteraner  
462 Bundestagsabgeordneten und Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und  
463 Entwicklung Svenja Schulze, die wir idealerweise für einen Austausch dazu gewinnen wollen.

464 Internationalismus ist für uns Jusos nicht einfach nur “nice to have”, sondern ein Grundwert. Dazu  
465 wollen wir uns mit den Grundlagen des sozialistischen Internationalismus und den internationalen  
466 Strukturen der Arbeiter\*innenjugend, wie sie etwa YES und IUSY darstellen, auseinandersetzen. Wir  
467 wollen im Rahmen eines PoliTischs diskutieren, welche Rolle internationale Solidarität in unserer  
468 Arbeit spielt und wie wir Internationalismus im politischen Alltag leben können.

469 Tausende Menschen sind täglich auf der Flucht. Zehntausende sind in den letzten Jahren auf der  
470 Flucht im Mittelmeer ertrunken. Trotzdem wird die zivile Seenotrettung in der EU immer noch  
471 kriminalisiert. Seit dem 9.10.2019 versteht sich Münster als sicherer Hafen. Deswegen wollen wir  
472 uns damit befassen, wie genau Themen wie die aktive Unterstützung der zivilen Seenotrettung und  
473 die Gewährleistung vom kommunalen Ankommen der Geflüchteten hier vor Ort in Münster  
474 realisiert werden.

475

476 **PoliTisch Feminismus**

477

478 Die Jusos sind ein feministischer Verband! Dieses Verständnis ist jedoch kein Selbstläufer, sondern  
479 muss durch inhaltliche Arbeit immer wieder gestärkt werden. Es ist ein langer und harter Kampf die  
480 Gleichstellung der Geschlechter in unserer Gesellschaft zu erreichen und wir müssen durch  
481 politische Bildungsarbeit unseren Teil dazu leisten.

482 Feminismus basiert auf den Denkweisen vieler großartiger Frauen, die unermüdlich für die Rechte  
483 ihrer Genossinnen eingestanden haben und es immer noch tun. Besonders sticht hier die  
484 feministische Theorie hervor, welche die Blaupause für unsere Verbandsarbeit darstellt. Es ist  
485 jedoch nicht immer einfach durchzublicken. Wer hat was gesagt? Ist Feminismus gleich Feminismus,  
486 oder gibt es Unterschiede? Welche großen Denkerinnen prägen unsere Sichtweisen besonders? All  
487 diesen Fragen und noch mehr wollen wir beim PoliTisch Feminismus auf den Grund gehen.

488 Anschließend daran lässt sich beobachten, dass feministische Sichtweisen und Leitsätze vom  
489 Kapitalismus vereinnahmt werden und so in die Mitte der Gesellschaft durchsickern. „GRL PWR“-  
490 Shirts, Girl Boss Attitude und Bestseller Bücher von Sophie Passmann: Feminismus scheint so  
491 populär wie nie zuvor. Doch wie feministisch ist dieser „Popfeminismus“ wirklich? Deckt er sich mit  
492 unseren Vorstellungen einer feministischen Gesellschaft? Eine Diskussion darüber ist wichtig und  
493 wird in diesem Jahr einen Platz beim PoliTisch finden.

494 Darüber hinaus müssen wir uns immer wieder bewusst machen, dass Frauen in dieser patriarchalen  
495 Gesellschaft immer noch für reproduktive Arbeit verantwortlich gemacht werden. Dabei wird  
496 erwartet, dass Frauen diese Rolle als wunderbar und bereichernd erfahren. Das dies in vielen Fällen  
497 jedoch nicht der Realität entspricht, wird außer Acht gelassen. Das Phänomen der „Regretting  
498 Motherhood“ trat 2015 erstmals wirklich prominent in Erscheinung. Was das bedeutet und welche  
499 Schlüsse wir daraus ziehen können, werden wir beim PoliTisch besprechen und diskutieren.

500 Zuletzt soll auch in diesem Jahr eine intersektionale Perspektive auf Feminismus eine wichtige Rolle  
501 spielen. Feminismus muss intersektional gedacht werden. Eine weiße, heterosexuelle Frau macht  
502 andere Diskriminierungserfahrungen als eine schwarze, lesbische Frau. Dies muss beleuchtet  
503 werden. Dabei soll diesmal auch die Perspektive von behinderten Frauen in dieser Gesellschaft eine  
504 zentrale Rolle spielen.

505

## 506 **PoliTisch Soziales und Umwelt**

507

508 Als Jungsozialist\*innen gehören soziale Themen seit jeher zu unseren Kernfeldern. In unserer  
509 heutigen Welt stellt sich neben der sozialen Frage aber auch die große Frage nach der Bekämpfung  
510 des Klimawandels. Da diese jedoch nur gemeinsam gedacht werden können, werden wir dies auch  
511 in diesem Jahr mit dem PoliTisch Soziales und Umwelt tun. Dabei wollen wir uns übergeordnet damit  
512 auseinandersetzen, wie eine sozial gerechte Lösung der Klimakrise aussehen kann. Denn die  
513 Bekämpfung des Klimawandels kann nur mit grundlegenden Veränderungen des vorherrschenden  
514 Wirtschaftssystems gelingen. Die Frage, wie diese Veränderungen auszusehen haben, ohne auf  
515 verkürzte Antworten oder individuelle Konsumkritik zurückzugreifen, schreiben wir uns auch im  
516 kommenden Jahr auf die Agenda unserer politischen Arbeit.

517 Soziales und Umwelt sind dabei zwei Themen, die des Öfteren gegeneinander ausgespielt werden.  
518 Ein bekanntes Beispiel ist der sogenannte „Black Friday“. In dieser Zeit wächst die Kritik am  
519 individuellen Konsum, die vor einem Massenkauf an Dingen, die anscheinend nicht gebraucht  
520 werden, warnt. Doch sind viele Menschen nicht vielleicht darauf angewiesen, solche Angebote zu  
521 nutzen, da ihre Einkommensverhältnisse es nicht zulassen, alles zum Normalpreis zu erwerben? Und  
522 warum wird Kritik dann besonders laut, sobald mit günstigeren Angeboten gelockt wird, während  
523 Besserverdienende das ganze Jahr über Masseneinkäufe tätigen können? Wir wollen uns genauer  
524 mit einer Konsumkritik in unseren Gesellschaftsverhältnissen befassen und schauen, wo die Grenze  
525 zwischen Konsum- und Systemkritik verläuft und wie wir uns politisch verorten.

526 Im kommenden Jahr wollen wir außerdem mit einem sozialistischen Blick auf das Strafgesetzbuch  
527 schauen. Unter der zentralen Frage, ob und warum Armut aktuell strafbar ist, wollen wir uns dabei  
528 folgenden Themen widmen: Worauf ist der Großteil der Delikte ausgerichtet und welche Menschen  
529 sind vor allem davon betroffen? Wieso ist das Fahren ohne Fahrschein eine Straftat, die mit bis zu  
530 einem Jahr Freiheitsentzug bedroht ist? Findet so eine Kriminalisierung von Menschen statt, die sich  
531 das Ticket einfach nicht leisten können? Mit diesen und weiteren Fragen wollen wir uns  
532 auseinandersetzen und dabei vertiefen, wie die kapitalistischen Verhältnisse Menschen durch  
533 Gesetzgebung in Armutsverhältnissen hält.

534 Mit den Folgen dieser kapitalistischen Politik wollen wir uns auch in einem weiteren wichtigen  
535 Themenfeld, nämlich dem der mentalen Gesundheit auseinandersetzen. Diese ist im Laufe der  
536 Corona- Pandemie immer wieder in den Fokus gerückt, jedoch mangelt es bei der Versorgung immer  
537 noch an allen Ecken und Enden. Es gibt einen Therapieplatzmangel, allgemein eine viele zu niedrige  
538 Versorgungsdichte. Diese wird durch Beschränkungen von Kassentherapeut\*innen weiter  
539 aufrechterhalten. Wir wollen uns der Frage widmen, wie die mentale Gesundheit in Verbindung mit  
540 gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen steht und weiterhin diskutieren, wo Probleme  
541 liegen und was für eine bessere Versorgung getan werden muss. Dabei wollen wir uns auch dem  
542 kommunalen Bezug dieses Themas widmen, uns mit der Lage in Münster auseinandersetzen und  
543 bestenfalls mit einem oder einer regionalen Psychotherapeut\*in vernetzen.

544 Im Bereich der Umwelt wollen wir uns mit der Klimabewegung auseinandersetzen, die in den letzten  
545 Jahren rasanten Zuwachs bekommen hat. Hierbei soll der Fokus die feministische Beleuchtung  
546 dieser darstellen. An der Spitze der Bewegung stehen mit Greta Thunberg international und Luisa  
547 Neubauer bundesweit, im Gegensatz zu vielen anderen zivilgesellschaftlichen Bewegungen, Frauen.  
548 Wir wollen diskutieren, was andere Bewegungen von der Klimabewegung lernen können und  
549 müssen. Zudem wollen wir diskutieren, warum ausgerechnet die Klimabewegung viele Frauen an  
550 der Spitze hat und ihren neoliberalen Charakter durchleuchten.

551 Nachdem die Ampel nun zum ersten Mal die Regierung auf der Bundesebene stellt und die SPD  
552 diese mit dem Bundeskanzler Olaf Scholz anführt, wollen wir die Arbeit der Parteien SPD, Grüne und  
553 FDP kritisch begleiten und uns in einer Zwischenbilanz anschauen, was für Verbesserungen im  
554 sozialen Sektor erreicht werden konnten. Neben möglichen positiven Entwicklungen wollen wir  
555 dabei ein Hauptaugenmerk auf die Versäumnisse und möglichen Verschlechterung legen und die  
556 Entscheidungen der Regierung kritisch hinterfragen. Fokus sollen hier die im Koalitionsvertrag

557 festgelegten Vorhaben sein. Wir wollen unter anderem betrachten, wie es mit dem Mindestlohn  
558 und der Abkehr von Hartz IV aussieht und ob sich (unter anderem durch das Bauministerium) eine  
559 Veränderung in der Wohnpolitik erkennen lässt. Auch wollen wir uns anschauen, wie der  
560 Kohleausstieg vorankommt, welcher laut Koalitionsvertrag idealerweise bis 2030 vonstattengehen  
561 soll.

562 Neben diesen Vorhaben wollen wir mit dem PoliTisch Soziales & Umwelt auch tagesaktuelle  
563 Diskussionen führen.

564

## 565 **II.II. Unsere Seminare**

566 Einer der Grundpfeiler unserer jungsozialistischen Arbeit in Münster sind unsere Seminare. Sie  
567 bilden neben unseren wöchentlichen PoliTischen das Herzstück unserer Bildungsarbeit vor Ort.  
568 Deshalb ist es bei uns geliebte Tradition zu jährlich vier thematischen Seminaren zusammen zu  
569 kommen; zwei Tagesseminare und zwei Wochenendseminare. Auch wenn dieses Angebot im  
570 Angesicht der Pandemie in den vergangenen zwei Jahren häufig anders aussah als gedacht, ist es  
571 uns doch gelungen diesen uns so wichtigen Aspekt politischer Partizipation aufrecht zu erhalten.  
572 Dies ist uns durch eine Kombination an Digital- sowie Präsenzformaten gelungen. Für dieses Jahr  
573 planen wir wieder fest mit möglichst vielen Formaten außerhalb des digitalen Raums, wollen jedoch  
574 die Chance der digitalen Formate ebenso nutzen. So war es in der Vergangenheit häufig schwierig  
575 Referent\*innen für die Seminare zu gewinnen. In diesem Jahr wollen wir versuchen, bei mindestens  
576 zwei unserer Seminare externe Referent\*innen zu Gast zu haben. Erleichtert werden kann dies etwa  
577 durch Referent\*innen, die per Onlineübertragung an unserem Seminarangebot teilnehmen können.

578

579 Inhaltlich wollen wir uns in diesem Jahr vier Themen innerhalb von Tages- bzw.  
580 Wochenendseminaren widmen. Fest geplant ist dabei ein Seminar zur Landtagswahl 2022, das uns  
581 alle fit für den Wahlkampf machen soll. Darüber hinaus planen wir mit unseren Genoss\*innen aus  
582 dem Unterbezirk Bonn ein Wochenendseminar zum Thema Antirassismus. Wichtig für uns bleibt  
583 dabei immer, dass jedes unserer Seminare (egal bei welchem Thema) immer eine feministische  
584 Perspektive mit einbezieht. Die feministische Viertelstunde ist uns allen ein wichtiges Anliegen, kann  
585 jedoch in Seminaren nicht unser einziger Anspruch auf Feminismus sein. Vielmehr wollen wir  
586 wenigstens bei den Wochenendseminaren gewährleisten, dass zusätzlich zur feministischen  
587 Viertelstunde mindestens eine Bildungsstunde auf eine feministische Perspektive verwendet wird.  
588 Wenn die Lage es erlauben sollte, möchten wir zwei der vier Seminare außerhalb von Münster in  
589 Form eines Wochenendseminars abhalten. Neben der sicheren Finanzierung muss hier natürlich der  
590 gesundheitliche Schutz der Teilnehmer\*innen berücksichtigt werden.

591

592 Neben unseren inhaltlichen Seminaren wollen wir außerdem wieder das bewährte Mittel der  
593 Antragsschule nutzen, um neue und altbekannte Jusos dazu zu ermutigen, Anträge für unsere  
594 Mitgliederversammlungen einzureichen, denn diese sind für unsere inhaltliche Ausrichtung  
595 obligatorisch. Die Antragsschule soll mit ausreichend Abstand zur ordentlichen  
596 Mitgliederversammlung 2023 stattfinden und unter anderem dazu beitragen, Genoss\*innen zu

597 vernetzen, die nicht alleine Anträge schreiben möchten, sehr wohl aber in Gruppen bereit sind, die  
598 inhaltliche Positionierung unseres Unterbezirks mit zu gestalten. Allen Vorstandsmitgliedern kommt  
599 in diesem Zusammenhang die gesonderte Aufgabe zu, solche (Gruppen-)Arbeiten zu fördern.

600

601 Die Bildungsangebote der NRW Jusos wollen wir darüber hinaus nutzen, auch um uns mit unseren  
602 Genoss\*innen landesweit zu vernetzen. Deshalb ist für uns klar: Auf jeder NRW Juso Veranstaltung  
603 wollen wir aus Münster vertreten sein und besonders Frauen empowern, sich auf Landesebene  
604 einzubringen.

605

### 606 **II.III. Aktionswoche gegen Antisemitismus und feministischer März**

607 Seit nun schon einigen Jahren führen wir unsere Aktionswoche gegen Antisemitismus und für  
608 Solidarität mit Israel durch. Auch im Angesicht der pandemischen Lage war unsere Aktionswoche  
609 2021 ein voller Erfolg. In diesem Jahr soll das nicht anders aussehen; wir planen wieder mit einem  
610 bunten Programm aus verschiedenen Formaten.

611 Auch unsere Bündnispartner\*innen wie etwa das Junge Forum der Deutsch-Israelischen  
612 Gesellschaft oder das Jugendbündnis gegen Antisemitismus wollen wir dabei wieder  
613 miteinbeziehen. Gerade in einer Zeit, in der antisemitische Kräfte in Münster die Oberhand im  
614 öffentlichen Diskurs zu erlangen versuchen, gilt unser Kampf gegen jeden Antisemitismus umso  
615 mehr.

616

617 Darüber hinaus wollen wir das Format des feministischen März auch dieses Jahr weiterführen. Den  
618 ganzen Monat über organisieren wir verschiedene Formate, die online und offline auf die  
619 Notwendigkeit des feministischen Kampfes hinweisen sollen. Nicht nur am Frauen\*kampftag wollen  
620 wir verdeutlichen, dass der Feminismus für uns eine der zentralen Leitlinien ist, die all unser Handeln  
621 lenkt. Ähnlich der Aktionswoche gegen Antisemitismus und für Solidarität mit Israel soll unser  
622 feministischer März uns und unseren Mitgliedern die Chance geben, neue Perspektiven  
623 kennenzulernen und feministische Debatten in die SPD, wie auch in die Stadtgesellschaft tragen.  
624 Auch hier wollen wir die Zusammenarbeit mit Bündnispartner\*innen und externen Gästen suchen,  
625 um bei gemeinsamen Veranstaltungen über unseren eigenen Tellerrand zu blicken.

626

### 627 **III. Kämpfen, wo das Leben ist!**

628 *Die Jusos Münster schreiben sich ihre Grundwerte Sozialismus, Feminismus, Antifaschismus und*  
629 *Internationalismus, sowie Freiheit, Gleichheit und Solidarität nicht nur auf die Fahne, sondern füllen*  
630 *sie mit Leben. Wir sind ein stolzer Verband, der weiß, wo er herkommt, was er will und wie er das*  
631 *erreichen kann. Wir laden alle, die unsere Werte teilen, ein, mit uns für eine Welt zu kämpfen, die*  
632 *unsere* *ist.*

633

## 634 **A2 Alles nur junge Männer?! Feministische Lösungen für Frauen auf der Flucht!**

635

### 636 **Triggerwarnung: Sexualisierte Gewalt, Gewalt gegen Frauen, Krieg**

637

638 Obwohl es weltweit ca. 125 Millionen Frauen gibt, die sich in der Migration befinden, so sind Frauen  
639 in der Migrationsforschung kaum abgebildet. Dies hat auch Auswirkungen auf Frauen, die sich auf  
640 der Flucht befinden. Mitte 2021 lag die Zahl der Geflüchteten weltweit bei ca. 26,6 Millionen. Etwa  
641 die Hälfte davon sind Frauen. Frauen auf der Flucht sind allerdings mit stärkeren Problemen  
642 konfrontiert und bedürfen besonderen Schutz, den sie meistens nicht bekommen. Als privilegierte  
643 Gesellschaft, Einwanderungsland und wirtschaftlich starker Staat mit globaler Verantwortung ist es  
644 unsere Aufgabe Frauen weltweit zu schützen, ihnen zu helfen und für die Probleme von Frauen auf  
645 der Flucht eine feministische und solidarische Antwort zu finden.

646

### 647 **Warum Frauen fliehen**

648 Es gibt zahlreiche Gründe, warum Menschen sich auf die Flucht begeben. Viele Gründe wie z.B.  
649 Krieg, politische Verfolgung, religiöse Verfolgung, schlechte wirtschaftliche Situation, Hungersnöte  
650 oder Umweltkatastrophen sind für alle Geschlechter zutreffende Fluchtursachen. Doch es gibt auch  
651 geschlechterspezifische Fluchtursachen für Frauen. Ursprung dieser Fluchtursachen ist das  
652 Patriarchat. Geschlechterspezifische Gründe warum Frauen fliehen sind dabei vielfältig und meist  
653 Resultat von struktureller Unterdrückung und Gewalt. Laut der UNO Flüchtlingshilfe ist  
654 geschlechtsspezifische Gewalt wie Vergewaltigungen oder Genitalverstümmelungen ein großes  
655 Problem, welches Frauen zur Flucht zwingt. Auch sog. „Ehrenmorde“, Zwangsheirat,  
656 Zwangssterilisation, Zwangsabtreibung oder Witwenverbrennungen stellen eine Gefahr für Frauen  
657 dar. In Bürgerkriegen wird Gewalt gegen Frauen teilweise als Kriegsstrategie genutzt, weshalb  
658 Frauen in kriegerischen Auseinandersetzungen besonders unter der Gewalt leiden. Die Betroffenen  
659 leiden oft unter sozialer Isolation und psychischen Langzeitfolgen.

660 Da Frauen meist für die Familie, insbesondere Kinder, zuständig sind, sind sie auch bei  
661 Klimakatastrophen stärker betroffen, da sie eine Grundlage für die Versorgung der Kinder und sich  
662 selbst zu schaffen haben. Auch die systematische ökonomische Schlechterstellung von Frauen ist  
663 hierbei ein großes Problem. Aber auch die Verweigerung von Grundrechten für Frauen, wie das  
664 Recht auf Bildung oder den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen, sind geschlechterspezifische  
665 Fluchtursachen. Wenn Frauen sich in ihrer Heimat für Frauenrechte einsetzen, sind sie meist  
666 zusätzlich von politischer Verfolgung und dem Risiko Gewalt zu erfahren betroffen. Genauso können  
667 Behinderungen, chronische Krankheiten, die sexuelle und/oder geschlechtliche Identität zu  
668 Verfolgung führen und für Frauen somit eine zusätzliche Fluchtursache darstellen.

669 In der Genfer Flüchtlingskonvention kommen geschlechtsspezifische Fluchtursachen allerdings nicht  
670 vor. Diese werden dort unter „*Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe*“ gefasst. Das reicht bei  
671 Weitem nicht aus, um die Dimension geschlechtsspezifischer Gewalt zu fassen. Seit 2002 fällt  
672 sexualisierte Gewalt, Diskriminierung aufgrund des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung als  
673 geschlechtsspezifische Verfolgung in die Richtlinien zum internationalen Schutz der UNHCR. Seit

674 2005 sind geschlechtsspezifische Fluchtursachen im deutschen Asylrecht berücksichtigt. Doch diese  
675 Maßnahmen reichen nicht aus, um Frauen hinreichend auf der Flucht zu schützen.

676

### 677 **Frauen auf der Flucht**

678 Wenn Frauen die Flucht begonnen haben, dann sind sie auch dort oft noch mit denselben  
679 geschlechtsspezifischen Problemen konfrontiert, die sie zur Flucht gezwungen haben. So sind  
680 Frauen, die auf Schlepper angewiesen sind, in einem Abhängigkeitsverhältnis, welches oft  
681 sexualisierte Gewalt und Zwangsprostitution begünstigt. Auch der organisierte Menschenhandel  
682 stellt insbesondere für Frauen und Mädchen eine große Gefahr dar. Dies ist auch ein Grund dafür,  
683 warum in Deutschland weniger geflüchtete Mädchen als Jungen ankommen.

684 Sexualisierte Gewalt, Übergriffe, Angst und weitere geschlechtsspezifische Problematiken spielen  
685 also auf den Fluchtwegen eine immense Rolle. Genauso aber auch in Geflüchtetenlagern. Sowohl  
686 im Ankunftsland, als auch in den Ländern, welche auf dem Fluchtweg liegen. In Unterkünften bzw.  
687 Lagern herrschen meist schlechte hygienische Zustände, Mangelversorgung mit Essen und  
688 medizinischer Hilfe. Dies trifft Frauen besonders, vor allem wenn die geschlechtsspezifischen  
689 Gefahren hinzukommen, vor denen Frauen kein Schutz geboten wird. In den Lagern gibt es meistens  
690 keinen Schutz vor Eindringlingen von außen, keine Privatsphäre, schlechte Beleuchtung, keine  
691 getrenntgeschlechtlichen Schlafräume oder sanitären Anlagen, die meist weit abgelegen sind,  
692 genauso wie Versorgungsstellen. All dies steigert die Gefahr für Übergriffe auf Frauen. Um sich  
693 gefährlichen Situationen möglichst zu entziehen, greifen viele Frauen zu gefährlichen Praktiken, wie  
694 z.B. nicht zu essen oder nicht zu trinken, um nicht auf Toilette zu müssen. Viele Frauen und Mädchen  
695 werden auf der Flucht gerade deshalb zwangsverheiratet, da sie nach einer Vergewaltigung kaum  
696 mehr Aussichten auf einen Ehepartner haben.

697 Ob Frauen allein fliehen, ist meist regional unterschiedlich. Die Study on Female Refugees aus dem  
698 Jahr 2017 zeigt, dass 60% Frauen aus Syrien oder Afghanistan mit ihren Kindern fliehen. 48% der  
699 syrischen Frauen flüchten in Begleitung ihrer Ehemänner, bei den afghanischen Frauen sind es 67%.  
700 Häufig fliehen Frauen aus Syrien, Afghanistan oder dem Irak in Begleitung mehrerer Verwandter.  
701 Frauen aus afrikanischen Staaten sind häufig allein auf der Flucht.

702

### 703 **Geflüchtete Frauen in Deutschland und Europa**

704 Diese Gefahren auf den Fluchtwegen wirken einschränkend für Frauen. Hinzu kommt, dass Frauen  
705 häufig die finanziellen Mittel für eine weite Flucht fehlen. Darum flüchten viele Frauen innerhalb  
706 der jeweiligen Landesgrenzen. In Deutschland macht sich dies bemerkbar, indem ein Großteil der  
707 Asylanträge von Männern gestellt wird. Dennoch nimmt der weibliche Anteil von Asylsuchenden in  
708 Deutschland langsam zu. 2017 waren es 40%, 2018 waren 43%.

709 Die Abschottungspolitik der Europäischen Union trifft alle Geflüchteten, da legale Migrationswege  
710 massiv beschnitten werden. Das heißt für alle Geflüchteten eine schwerere und gefährlichere  
711 Flucht. Doch besonders für Frauen wird die Flucht noch gefährlicher, da die Politik der Festung  
712 Europa die schon beschriebenen Gefahren auf der Flucht für Frauen verschlimmert. Durch den sog.  
713 „Türkei-Deal“ verschlechtert sich die Aussicht auf ein reguläres Asylverfahren. Das heißt, dass die

714 Prüfung des individuellen Schutzbegehrens nicht stattfindet. Da Frauen aus den genannten Gründen  
715 eine besonders vulnerable Gruppe mit hohem Schutzbedürfnis sind, sind auch hier wieder Frauen  
716 von der europäischen, von Deutschland mitgetragenen, Migrationspolitik besonderen Gefahren  
717 ausgesetzt. Da viele Frauen (und ihre Kinder) überhaupt erst durch den Familiennachzug die  
718 Möglichkeit zur Migration nach Deutschland haben, trifft die Aussetzung oder eine nicht  
719 konsequente Durchsetzung des Familiennachzugs auch wieder besonders Frauen. Eine  
720 migrationsfeindliche Politik ist also nicht nur menschenfeindlich und rassistisch an sich, sondern  
721 immer auch gleichzeitig antifeministisch und dezidiert frauenfeindlich!

722 Kommen geflüchtete Frauen in Deutschland an, so sind sie nicht automatisch sicher. Auch hier  
723 stellen sexualisierte Gewalt, häusliche Gewalt, Diskriminierung, Unterdrückung und Sexismus ein  
724 massives Problem dar. Hinzu kommt die Bedrohung durch Rassismus. Geflüchtete Frauen sind in  
725 Deutschland intersektionaler Diskriminierung ausgesetzt. Und auch vor Ableismus und  
726 Queerfeindlichkeit sind betroffene Frauen in Deutschland nicht sicher. Zusätzlich drohen  
727 Abschiebungen, wodurch Frauen in ihren Heimatländern wieder der erfahrenen Gewalt ausgesetzt  
728 wären.

729

### 730 **Das Problem mit dem Nachweis**

731 Zwar sind geschlechterspezifische Fluchtursachen seit 2005 im deutschen Asylrecht berücksichtigt,  
732 doch das große Problem bleibt der Beweis dieser, und damit der Nachweis der Schutzbedürftigkeit.  
733 Da geschlechtsspezifische Gewalt oft im häuslichen und privaten Rahmen stattfindet, ist der  
734 Nachweis an sich sehr erschwert bis unmöglich. Außerdem handelt es sich dabei um nichtstaatliche  
735 Verfolgung. Das heißt, dass die Fluchtursachen nur als solche anerkannt werden, wenn es innerhalb  
736 der Landesgrenzen keine Fluchtalternative gibt oder der Staat weder fähig noch willig ist Schutz vor  
737 der Verfolgung zu bieten. Zusätzlich kommt die Hürde der deutschen Bürokratie hinzu, welche in  
738 Asylverfahren die notwendige Sensibilität und das benötigte Verständnis nicht mitbringt. Außerdem  
739 ist geschlechtsspezifische Gewalt derart tabuisiert und für viele Frauen mit so viel Angst und Scham  
740 behaftet, dass sie sich nicht trauen darüber zu sprechen oder gar nicht wissen, dass sie  
741 entsprechende Fluchtursachen geltend machen können.

742

### 743 **Lösungsstrategien und Forderungen**

744 Um die beschriebenen Probleme anzugehen und Flucht für Frauen sicherer und überhaupt möglich  
745 zu machen, braucht es vielfältige Lösungsansätze, die unterschiedlich greifen. Zunächst ist die  
746 Bekämpfung von Fluchtursachen, das inkludiert Klimaschutz und Friedenspolitik, notwendig. Dabei  
747 ist eine feministische Außenpolitik Voraussetzung, wie wir sie schon fordern. Außerdem sind alle  
748 Abschiebungen umgehend einzustellen.

749 Um die Situation für Frauen auf der Flucht zu verbessern, müssen vor allem sichere Fluchtwege nach  
750 Europa geschaffen werden und die EU muss sich stark in der Seenotrettung engagieren. Die  
751 europäische Abschottungspolitik muss ein sofortiges Ende haben! Zusätzlich muss die Situation in  
752 Geflüchtetenlagern verbessert werden. Dazu gehört eine gute Beleuchtung, der Schutz vor  
753 Eindringlingen von außen, eine zuverlässige Lebensmittelversorgung und medizinische Versorgung,

754 getrenntgeschlechtliche sanitäre Anlagen und Schlafräume, kurze Wege zu Versorgungsstellen und  
755 sichere Orte für Frauen, um sich zu treffen. Auch eine Versorgung mit Menstruationsprodukten und  
756 Verhütungsmitteln, sowie die Versorgung von Kindern, müssen sichergestellt sein. Und auch wenn  
757 die Situation in den Lagern sich verbessert, ist dies kein Grund die Menschen nicht aus den Lagern  
758 zu evakuieren. Bei den Evakuierungen müssen die besonderen Schutzbedürfnisse von Frauen  
759 berücksichtigt werden.

760 Um den vielfältigen Realitäten von geflüchteten Frauen gerecht zu werden, müssen die  
761 Hilfsstrukturen gegendert sein. Die verschiedenen Fluchtgründe und Bedürfnisse von Frauen  
762 müssen berücksichtigt werden, damit Hilfsangebote entwickelt werden können, die sich an den  
763 Lebensumständen und Lebensplänen der Frauen orientieren.

764 Der Familiennachzug in Deutschland muss konsequent umgesetzt werden. Gleichzeitig darf dies die  
765 Abhängigkeitsverhältnisse der Frauen zu ihren männlichen Familienmitgliedern nicht verstärken.  
766 Das bedeutet, dass eine sichere Flucht von Frauen außerhalb des Familiennachzugs gewährleistet  
767 sein muss. Außerdem muss es Frauen in Deutschland möglich sein trotz Familiennachzug getrennt  
768 von männlichen Familienmitgliedern zu leben, sofern sie dies wollen. Zusätzlich muss es ein  
769 erweitertes Angebot für geflüchtete Frauen geben, die über geschlechtsspezifische Fluchtursachen  
770 und die rechtlichen Möglichkeiten informieren. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge setzt  
771 in Asylverfahren zwar schon Sonderbeauftragte ein, die über die notwendigen Kenntnisse für die  
772 entsprechende Sensibilität verfügen, aber dies muss ausgeweitet werden und darf vor allem nicht  
773 die einzige Maßnahme sein. Weiterhin muss den Frauen, die von geschlechtsspezifischer Gewalt  
774 betroffen sind, geglaubt werden. Da der Nachweis oft schwer bis gar nicht möglich ist, muss die  
775 Aussage der Frau zur Anerkennung der Fluchtursache ausreichen. Retraumatisierung durch  
776 wiederholten Aussagezwang oder nicht notwendige Nachfragen sind zu unterlassen. Während des  
777 Asylverfahrens muss den betroffenen Frauen die Möglichkeit psychosoziale und rechtliche Hilfe in  
778 Anspruch zu nehmen niederschwellig und wiederholt angeboten werden. Die entsprechenden  
779 Angebote und Informationen müssen selbstverständlich mehrsprachig und barrierefrei zur  
780 Verfügung stehen.

781 Weiterhin braucht es einen massiven Ausbau der Schutz- und Hilfsangebote für geflüchtete Frauen  
782 in Deutschland. Auch diese Angebote müssen mehrsprachig und barrierefrei sein. Dies betrifft z.B.  
783 Frauenhäuser, zu denen wir schon Beschlusslagen haben. Aber auch die rechtliche Hilfe, um Täter  
784 anzuzeigen, psychosoziale Hilfsangebote, um Traumata zu verarbeiten, Hilfe Bildung zu erwerben,  
785 die eigene Lebensplanung umzusetzen und sich gegenseitig zu empowern müssen gegeben sein. Es  
786 muss für geflüchtete Frauen möglich sein mit ihrer Familie oder allein ein sicheres Leben in  
787 Deutschland zu führen. Auch die ökonomische Unabhängigkeit geflüchteter Frauen muss gefördert  
788 werden.

789 Auch die Unterbringung der geflüchteten Frauen in Deutschland muss sich stärker an den  
790 Bedürfnissen orientieren. In Sammelunterkünften muss der Schutz von Frauen, wie z.B. durch  
791 getrenntgeschlechtliche sanitäre Anlagen und Schlafräume sowie mehr Privatsphäre, fokussiert  
792 werden. Außerdem bedarf es einen besseren Schutz von Geflüchtetenunterkünften vor rechter  
793 Gewalt. Um den Bedürfnissen von geflüchteten Frauen gerecht zu werden, sind Sammelunterkünfte

794 allerdings nicht geeignet, weshalb ein Aufenthalt dort so kurz wie möglich zu halten ist. Langfristig  
795 darf die Unterbringung nur in kleineren Unterkünften stattfinden. Spezialisierte Wohnprojekte für  
796 geflüchtete Frauen (und ihre Familien) müssen daher massiv ausgebaut und ausreichend finanziert  
797 werden. Das Sicherheitspersonal in den Unterkünften soll dabei divers aufgestellt sein und spezielle  
798 Schulungen zu geschlechtsspezifischer Gewalt erhalten. Diese Schulungen sollen verpflichtend sein.  
799 Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat im Oktober 2020  
800 das Action Network on Forced Displacement: Women as Agents of Change gegründet. Dies soll als  
801 globale Plattform dienen für Austausch und Empfehlungen geben, wie Politik, Wirtschaft und  
802 Gesellschaft die Situation von Frauen auf der Flucht verbessern können. Dieser Schritt in die richtige  
803 Richtung muss konsequent weitergegangen werden, weshalb das BMZ sowie die deutsche  
804 Migrationspolitik sich selbst dazu verpflichten sollen, sich an die entsprechenden Empfehlungen zu  
805 halten und diese bestmöglich umzusetzen.

806 Außerdem müssen Frauen in der Migrationsforschung mehr berücksichtigt werden. Denn dies kann  
807 stark dazu beitragen die Bedürfnisse der flüchtenden und geflüchteten Frauen besser zu kennen  
808 und sie besser zu schützen. Dazu müssen auch Forschungsgelder bereitgestellt werden.

809

810 Für uns ist klar: wir brauchen eine feministische und solidarische Migrationspolitik, die sich an den  
811 Bedürfnissen der Menschen, insbesondere der der Frauen orientieren muss. Neben den konkret  
812 genannten Maßnahmen und Forderungen ist es für uns selbstverständlich, dass Rassismus und  
813 Patriarchat radikal bekämpft werden müssen, und dies werden wir tun.

## 814 **A3 Wohnungslosigkeit effektiv beenden - Perspektiven schaffen**

815

### 816 **Obdach- und Wohnungslosigkeit in Deutschland:**

817 Was ist das überhaupt und wie ist die aktuelle Lage?

818

819 Unter den Begriff der Wohnungslosigkeit fallen alle Menschen, die keine eigene Wohnung zur  
820 Verfügung haben. Menschen in Wohnungslosigkeit schlafen häufig in Notunterkünften, bei  
821 Freund\*innen auf der Couch oder in staatlichen Einrichtungen. Obdachlosigkeit ist eine  
822 Unterkategorie und umfasst Menschen, die auch keine temporäre Unterkunft haben, und "auf der  
823 Straße" schlafen. Es gibt dabei keine offiziell erhobenen Daten, wie viele Wohnungs- und  
824 Obdachlose zurzeit in Deutschland leben. Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft  
825 Wohnungslosenhilfe gehen 2018 von etwa 678.000 Wohnungslosen aus. Davon seien 441.000  
826 anerkannte Geflüchtete ohne Wohnung. In den letzten Jahren ist ein Anstieg der  
827 Wohnungslosenzahlen in Deutschland festzustellen. Obdachlos sind nach Schätzungen der BAG W  
828 41.000 Menschen. Genaue Zahlen sind jedoch schwer zu erheben, da eine hohe Dunkelziffer  
829 anzunehmen ist, besonders verursacht durch "verdeckte Wohnungslosigkeit", also Wohnungslose,  
830 die ihre Situation verbergen und nicht als solche wahrgenommen werden.

831 Ein Abrutschen in die Obdachlosigkeit kann schneller passieren, als es auf den ersten Blick scheinen  
832 mag. Die Gründe können dabei vielfältig sein, so reicht oftmals eine Trennung, der Tod eines  
833 Familienangehörigen, gesundheitliche Probleme physischer und/oder psychischer Art oder  
834 Altersarmut. Viele Menschen werden aber auch schon in Armut geboren, ihnen fehlt oftmals schon  
835 im Kindesalter die Perspektive auf eine gute Ausbildung. Besonders dann führt die Obdachlosigkeit  
836 zu Substanzabhängigkeiten oder fördert bereits bestehende, durch welche es nochmals deutlich  
837 schwerer wird, den Verhältnissen entweichen zu können. Auch übermäßige, aufwändige Bürokratie  
838 kann bei Menschen, die für den Erhalt einer Wohnung auf Sozialhilfen angewiesen sind, den Verlust  
839 ihres Wohnraums oder den Verbleib in der Wohnungslosigkeit bedeuten. Der überbeuerte  
840 Wohnungsmarkt stellt dabei ein übergeordnetes Problem dar, so können viele Menschen sich  
841 einfach keine Wohnung leisten, falls überhaupt eine verfügbar ist.

842

### 843 **Die besondere Lage von Frauen**

844 Bei steigender Tendenz sind schätzungsweise mittlerweile beinahe ein Drittel aller Wohnungslosen  
845 NRW weiblich, auch wenn hier angenommen wird, dass sie besonders von verdeckter  
846 Wohnungslosigkeit betroffen sind und die Dunkelziffer entsprechend hoch ist. Das Bild derer die  
847 "Platte machen", manifest Obdachloser, auch ohne temporäre Unterkunft, ist nach wie vor stark  
848 männlich geprägt. Frauen finden weniger Beachtung und sind anderen Gefährdungen ausgesetzt.  
849 So sind sie etwa deutlich stärker von (sexueller) Gewalt oder fehlender kostenfreier, öffentlich  
850 zugänglicher sanitärer Infrastruktur betroffen. Die Flucht in die verdeckte Obdachlosigkeit führt  
851 jedoch dazu, dass die wohnungslosen Frauen weitgehend übersehen und im System nicht bedacht  
852 werden, sodass die Hilfsangebote dem Bedarf nicht

853 gerecht werden. In Reaktion darauf sehen sich viele wohnungslose Frauen gezwungen sich für eine  
854 Unterkunft zu prostituieren oder selbst in Fällen häuslicher Gewalt weiterhin in einer Wohnung mit  
855 dem\*der Partner\*in zu leben. Die besonderen Probleme und Gefahren, denen wohnungslose  
856 Frauen ausgesetzt sind, sind vielzählig und  
857 deswegen fordern wir:

858

- 859 • einen Ausbau des niedrigschwelligen, psychologischen Beratungsangebotes und
- 860 Präventionsmaßnahmen
- 861 • Gender- und familiengerechte Überarbeitung der Leitlinien der Wohnungslosenpolitik
- 862 • Ein gesamtpolitisches Konzept zur Vermeidung von Wohnungsverlust bei Frauen mit
- 863 und ohne Kinder
- 864 • Einrichtungen mit Sofortaufnahme für wohnungslose Frauen mit Kindern
- 865 • Ausreichende Platzkapazität mit qualifiziertem Personal in frauenspezifischen
- 866 Wohnheimen
- 867 • Geschlechter differenzierte Angebote für Wohnungslose
- 868 • Aufstellen von Sanitär-Hygiene-Containern, die abschließbare Waschräume und
- 869 kostenfreie Menstruationsartikel für Frauen\* beinhalten

870

### 871 **Umgang mit Wohnungslosigkeit in Deutschland und kurzfristige Ansätze**

872 In Deutschland müssen Wohnungslose oftmals eine Vielzahl von Voraussetzungen erfüllen, um  
873 menschenwürdigen Wohnraum gestellt zu bekommen. Dies kann als "Treppen-System" verstanden  
874 werden, in welchem erst viele Hürden (Stufen) überwunden werden müssen, an deren Ende die  
875 Wohnung steht. Keinen festen Wohnsitz und somit nicht die Sicherheit der eigenen vier Wände zu  
876 haben macht es allerdings deutlich schwerer, beispielsweise einen Job zu bekommen oder  
877 psychische Krankheiten zu behandeln. Es benötigt den Wohnraum als Ausgangspunkt, auf dessen  
878 Basis weitere Probleme angegangen werden können. Bis das jedoch umgesetzt werden kann,  
879 braucht es auch kurzfristige Überbrückungslösungen, wie beispielsweise einen Schutz vor der Kälte  
880 im Winter. Diese Überbrückungslösungen müssen frei verfügbar und in allen Kommunen vorhanden  
881 sein. Dabei müssen menschenwürdige Qualitätsstandards eingehalten werden.  
882 Auf der Straße sind Obdachlose ständig einer Verdrängung aus dem öffentlichen Raum ausgesetzt.  
883 Ein prominentes Beispiel ist dabei die sogenannte "defensive Architektur", durch welche  
884 Obdachlose von vielen Plätzen verdrängt werden. Als Beispiel können hier Bänke genannt werden,  
885 bei denen Zwischenlehnen eingebaut werden, damit man dort nicht mehr liegen kann.  
886 Auch der Wohnungsverlust muss präventiv bekämpft werden. Bei Zwangsräumungen werden  
887 Mieter\*innen zum Teil ohne Perspektive auf die Straße gesetzt.

888

### 889 **Unsere Forderungen:**

- 890 • Rückbau der defensiven Architektur in Deutschland
- 891 • Bedarfsgerechte Errichtung temporärer Einrichtungen vor allem zum Kälteschutz im
- 892 Winter

- 893 • Zwangsräumungen nur mit zur Verfügung stehender Ersatzwohnung, Verbot von  
894 Zwangsräumungen von Familien mit Kindern  
895
- 896 • Strategien für die Bewältigung des Übergangs aus „versteckter“ Wohnungslosigkeit (z.B.  
897 Werbekampagnen (Flyer, Plakate, Videos etc.) von und auf Behörden  
898

899 **langfristige Lösungsansätze: Das *Housing-First* Programm**

900 Ein prominenter Ansatz im Umgang mit der steigenden Wohnungslosigkeit stellt das sogenannte  
901 *Housing-First* Programm dar, welches in Finnland sehr erfolgreich die Zahlen der Wohnungslosen  
902 deutlich senken konnte.

903 Im Gegensatz zu anderen Ansätzen im Umgang mit Obdachlosigkeit, setzt das *Housing-First* Prinzip  
904 die Wohnung an den Anfang, also als Ausgangspunkt, und nicht als Ziel am Ende eines langen Weges,  
905 in welchem Obdachlose ihre „Wohnfähigkeit“ unter Beweis stellen müssen. Es soll somit auf der  
906 Stabilität, welche durch eine Wohnung geschaffen wird, aufgebaut werden und von dort aus weitere  
907 Probleme angegangen werden. Die nun in Wohnungen untergebrachten Menschen werden dann  
908 im weiteren Verlauf des Programms von Sozialarbeiter\*innen begleitet, die sie auf ihrem Weg  
909 unterstützen. Wohnraum wird bei diesem Konzept als Menschenrecht betrachtet und ist an keine  
910 Bedingungen, wie bspw. Substanzabstinenz geknüpft. Der Wohnraum muss somit nicht „verdient“  
911 werden. Wichtig ist dabei auch, dass die Wohnungen nicht an die Ränder einer Stadt geschoben  
912 werden, sondern wie andere Wohnungen in das Stadtbild integriert sind, um einer weiteren  
913 Stigmatisierung und sozialem Ausschluss zuvorzukommen. Außerdem werden Menschen dabei  
914 nicht gezwungen Unterstützung anzunehmen. Sie haben die Wahl zwischen betreutem und nicht  
915 betreutem Wohnen und können den Grad der Unterstützung durch Sozialarbeiter\*innen selbst  
916 wählen. Den zuvor wohnungslosen Menschen wird mit Respekt begegnet und ihnen wird nicht  
917 abgesprochen, selbstständig Entscheidungen treffen zu können. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg  
918 zur Reintegration in die Gesellschaft.

919 Als Beispiel des Erfolgs des *Housing-First* Prinzips kann Finnland herangezogen werden, welches  
920 diesen Ansatz als Staatspolitik verfolgt. Die Zahlen sprechen dabei für sich: Während in allen  
921 anderen europäischen Ländern die Zahlen der Wohnungslosen steigen, sinken sie in Finnland  
922 kontinuierlich. Das Programm wurde schon länger angewandt, ist seit 2008 offizielles  
923 Staatsprogramm. Die Entwicklung eines menschenwürdigen Umgangs mit Wohnungslosen begann  
924 in Finnland schon in den 1980ern. 1987 gab es in Finnland etwa 18.000 Wohnungslose, 2021 sind es  
925 nur noch etwa 4.000. Bis 2027 möchte Finnland die Wohnungslosigkeit auf 0 senken. Das spart sogar  
926 Geld: Die Kosten pro Obdachlosen pro Jahre sanken für den Staat durch das *Housing-First* Programm  
927 um etwa 15.000€, was sich durch weniger Notdienst- und Polizeieinsätze und Einsparungen im  
928 Justizsystem erklären lässt. Auch die Erfolgsquote ist bemerkenswert, etwa 80% schaffen durch das  
929 *Housing-First* Konzept ihren Weg zurück in die Gesellschaft.

930

931 Deswegen fordern wir:

- 932 • Eine Veränderung im Umgang mit Wohnungslosen. Statt des “Treppen-Modells”, welches  
933 eine Wohnung an eine Reihe von Bedingungen knüpft, die zuerst erfüllt werden müssen, muss  
934 **Wohnraum als Menschenrecht anerkannt** und an erste Stelle gesetzt werden. Wir fordern  
935 somit einen **Wechsel zum Modell des *Housing-First*** als Staatsprogramm in Deutschland  
936 • Eine Finanzierung des Programm aus staatlichen Mitteln  
937 • **An Bedürfnisse angepasste Unterstützung.** Der individuelle Wohnraum darf nicht an  
938 Bedingungen geknüpft sein. Zusätzlich zu diesem Wohnraum muss Unterstützung angeboten  
939 werden, darf dabei jedoch nicht erzwungen werden und somit die Entscheidungsfreiheit der  
940 zuvor wohnungslosen Menschen beschneiden.  
941 • Den Bau von deutlich mehr sozial gefördertem Wohnraum, um eine Bereitstellung neuen  
942 Wohnraums für das *Housing-First* Programm schnell und effizient zu gewährleisten. Dabei  
943 müssen verbindliche Quoten für Wohnungen des *Housing-First* Programms geschaffen  
944 werden.

945

946 **Mehr als nur Symptombekämpfung**

947 Wer von Obdachlosigkeit spricht soll von Wohn- und Bodenpolitik nicht schweigen! Einem  
948 Wirtschaftssystem, das menschliche Grundbedürfnisse nur befriedigt wenn es profitabel ist, muss  
949 eine konsequente soziale Politik entgegenstehen um zu gewährleisten, dass deren Erfüllung nicht  
950 allein den vermögenderen Klassen der Gesellschaft vorenthalten bleibt. So ist auch die  
951 Wohnraumknappheit Ursache von Spekulation und Luxusbau und die individuelle  
952 Wohnungslosigkeit das Ergebnis von Verdrängung. Dies geschieht primär auf Kosten der  
953 (ehemaligen) Bewohner\*innen während sich gerade bei großen Wohn-Unternehmen ein deutliches  
954 Wachstum feststellen lässt. Anstatt dem entgegen zu wirken, verstärkte die Politik der vergangenen  
955 Jahrzehnte dies noch. Wohnungsbau- und Immobiliengesellschaften wurden privatisiert um  
956 kurzfristige Liquidität zu erzeugen und mit der voranschreitenden Veräußerung öffentlichen Bodens  
957 nehmen viele Kommunen sich die Grundlage zur Schaffung des dringend nötigen öffentlichen  
958 Gegenangebots. Insbesondere in den großen Städten zeigen sich die fatalen Folgen und das  
959 Scheitern des marktorientierten Wohnraumangebots und dies kann nur das Ende derartiger  
960 Privatisierungsmaßnahmen bedeuten.

961

962 **Deswegen fordern wir:**

- 963 • Die Wiederverstaatlichung der LEG und Enteignung privater, profitorientierter  
964 Immobiliengesellschaften und deren Eingliederung in eine landesweite, öffentlich- rechtliche  
965 Wohnungsbaugesellschaft sowie deren Ausfinanzierung.  
966 • Förderung von Wohnbaugenoss\*innenschaften, auch im Sinne von  
967 Quartiersgenoss\*innenschaften, und der Wohnungsgemeinützigkeit.  
968 • Leerstehende Wohnungen sind beliebte Spekulationsobjekte. Dem muss mit entschiedeneren  
969 Sanktionen Einhalt geboten werden. Leerstand darf sich nicht mehr lohnen!  
970 • Mit verstärktem Zugriff auf das Instrument der Milieuschutzsatzungen muss Verdrängungen  
971 von Mieter\*Innen entgegengewirkt werden. Mit Hilfe von Zweckentfremdungssatzungen

- 972 muss dafür gesorgt werden, dass bei der jetzigen angespannten Wohnraumlage Wohnraum  
973 auch Wohnraum bleibt.
- 974 • Zusätzliche Förderung des Baus kommunalen Wohnraums
  - 975 • Die Ausweitung des Bodenanteils in öffentlicher Hand und dass Abtretungen an private  
976 zukünftig ausschließlich als Erbpacht erfolgen.
  - 977 • Zum Ziele der sozialen Durchmischung muss auf jeder städtischen Fläche mit Hilfe  
978 einer flexiblen Quote öffentlich geförderter Wohnraum geschaffen werden. Die Höhe der  
979 Quote richtet sich nach den gängigen Sozialindikatoren und dem bereits vorhandenen  
980 geförderten Wohnraum in einem Areal. Dies soll im Endeffekt für mehr bezahlbaren  
981 Wohnraum in den „besseren“ Gegend einer Stadt sorgen. Sozialer Segregation kann damit  
982 zumindest etwas entgegengewirkt werden.
  - 983 • Eine konsequente Preisobergrenze für Mieten in Form eines bundesweiten Mietendeckels

984 **A4 Nicht mein Bier!? - Zur Notwendigkeit der feministischen Praxis in unserem**  
985 **Verband**

986

987 Für uns Jungsozialist\*innen ist der Feminismus seit jeher ein Grundwert. Er bestimmt unser  
988 politisches Denken und Handeln im Kleinen wie im Großen. Dabei bleibt er niemals Selbstzweck  
989 sondern bildet ein Querschnittsthema: Das (Macht-)Verhältnis zwischen den Geschlechtern sowie  
990 die Art und Weise, wie Kapitalismus und Patriarchat einander bedingen sind Schablonen, die wir an  
991 alle möglichen politischen und gesellschaftlichen Fragestellungen anlegen müssen und durch die wir  
992 deren Betrachtung und Behandlung konturieren und schärfen.

993

994 Unser Verständnis von Feminismus ist dabei kein starres. Vielmehr unterliegt es stetigem  
995 Hinterfragen und Wandel. Wir begreifen Feminismus dabei nicht als reine Identitätspolitik, die  
996 ausschließlich Betroffenheitslogiken unterliegt sondern als ein Konzept, anhand dessen sich  
997 gesellschaftliche Verhältnisse analysieren und im Sinne positiver Veränderungen angreifen lassen.

998

999 Aus diesem Verständnis leiten wir den klaren Anspruch ab, dass auch Männer in unserem Verband  
1000 - als nicht (primär) von Sexismus und Patriarchat Betroffene - feministisch sprech- und  
1001 handlungsfähig sein müssen und den Feminismus unseres Verbandes eigenständig und über die  
1002 Grenzen unserer innerverbandlichen Treffen hinaus mit Leben füllen.

1003

1004 Zu beobachten ist leider, dass wir als Verband hinter diesem Anspruch noch zu oft zurück bleiben.  
1005 Wir sehen darin ein strukturelles und weniger individuelles Problem. Dieses wollen wir  
1006 entsprechend analysieren und ihm anschließend entgegentreten.

1007

1008 **Nicht betroffen = nicht sprechfähig? Anspruch und Grenzen männlichen**  
1009 **Feminismus'**

1010

1011 Eine reine Berufung auf die Tatsache unseres feministischen Selbstverständnisses und die eigene  
1012 Selbstbezeichnung als Feminist\*in reichen für eine feministische Praxis nicht aus. So allgegenwärtig,  
1013 wandelbar und anpassungsfähig das Patriarchat ist, so muss auch unser Feminismus sein und dafür  
1014 immer wieder in Theorie und Praxis erklärt, weiterentwickelt und angewendet werden.

1015

1016 Für Männer wird das nicht selten zu einer schwierigen Gratwanderung. Die eigene Nicht-  
1017 Betroffenheit wird schnell zum vermeintlichen Hindernis, sich zu feministischen Themen zu äußern.  
1018 Durchaus thematisieren feministische Diskurse oft auch Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen  
1019 sowie (ökonomische) Zwänge und Ungleichheiten, die einen persönlich nicht direkt betreffen und  
1020 über die man daher keine Deutungshoheit beanspruchen kann. Sich aus Angst vor einer solchen  
1021 Grenzüberschreitung vollkommen aus dem Diskurs heraus zu ziehen, ist jedoch nicht der richtige  
1022 Weg, führt er doch oft (wenn auch unbewusst) zu einer Entsolidarisierung, zu einer Abwehr von  
1023 Verantwortung und zu einer Verkürzung des Feminismus auf reine Betroffenheitslogiken, welche

1024 wir wie oben beschrieben gerade nicht wollen. Vielmehr muss aus der Erkenntnis dieses  
1025 Spannungsfeldes und aus der eigenen Reflexion heraus ein feministisches Selbstverständnis  
1026 entstehen, welches die Akzeptanz von Grenzen und Widersprüchlichkeiten mit dem Anspruch an  
1027 eigene feministische Sprachfähigkeit produktiv vereint.

## 1028 1029 **Konsequenzen eines nicht-konsequenten Feminismus**

1030  
1031 Dort, wo das nicht passiert, bleibt der Feminismus ein Lippenbekenntnis und es entstehen  
1032 schwerwiegende Konsequenzen für Frauen\* im Verband.

1033  
1034 Feministische Arbeit erstreckt sich über diverse Bereiche. Auf der einen Seite steht die inhaltliche  
1035 und theoretische Arbeit, in welcher Grundlagen vermittelt und aktuelle feministische Debatten  
1036 geführt werden. Gleichzeitig ist die Konsequenz der Analyse des universellen und kapitalistischen  
1037 Patriarchats, dass Feminismus als Querschnittsthema betrachtet werden muss und daher in  
1038 sämtlichen Themen mitdiskutiert werden muss! Auf der anderen Seite gilt es, innerverbandliche  
1039 Strukturen zu schaffen und zu bewahren, die den sexistischen Dynamiken der Gesellschaft etwas  
1040 entgegen setzen können. Wichtige Mittel sind hier beispielsweise das Empowerment von Frauen\*,  
1041 Schutzräume, Frauen\*-Vernetzungstreffen, Quotierungen oder Gleichstellungsbeauftragte.

1042  
1043 Es wird deutlich, wie arbeitsintensiv die Praxis eines feministischen Selbstverständnisses ist. In der  
1044 alltäglichen Arbeit des Verbandes wird die Arbeit jedoch meist von Frauen\* ausgeübt. Frauen\*  
1045 übernehmen die inhaltliche Arbeit, Frauen\* schreiben Anträge zum Thema Feminismus, Frauen\*  
1046 sprechen zum Thema, Frauen\* erweitern ihr theoretisches Wissen. Frauen\* müssen darauf achten,  
1047 dass andere Frauen\* sich nicht in unangenehmen Situationen wiederfinden und dass ihnen  
1048 zugehört wird. Die Folgen dessen sind deutlich: Frauen\* machen immer wieder die Erfahrung, dass  
1049 wenn feministische Themen nicht von ihnen bespielt werden, diese schnell in den Hintergrund  
1050 rücken. Doch die intensive Auseinandersetzung mit feministischer Theorie und Praxis raubt Frauen\*  
1051 Kapazitäten, sich anderen Themen widmen zu können. Sozialismus, Internationalismus,  
1052 Antifaschismus - diese Themen sind nicht ohne Grund meistens männlich dominiert. Feminismus  
1053 darf jedoch nicht als reines "Frauenthema" behandelt werden. In unserer täglichen Verbandsarbeit  
1054 heißt dies: Männer müssen sich ebenso mit feministischer Theorie und Praxis auseinandersetzen,  
1055 wie Frauen es tun, denn er ist und bleibt zurecht eine unserer Grundsäulen im Verband.

1056  
1057 Des Weiteren bringt unsere feministische Analyse die Erkenntnis mit sich, dass auch unser Verband  
1058 sich nicht frei von den Strukturen eines universellen Patriarchats machen kann. Denn patriarchale  
1059 Strukturen ziehen sich quer durch die Gesellschaft. Sie sind Ausdrucksweise einer hegemonialen  
1060 Männlichkeit, welche die männliche Vorherrschaft sichert und bekräftigt. Ob bewusst oder  
1061 unbewusst, diese Strukturen machen vor keiner gesellschaftlichen Gruppe Halt, sie existieren  
1062 überall und folglich auch in unserem Verband. Umso wichtiger ist es, die Strukturen immer zu

1063 benennen und sie nicht einfach hinzunehmen. Schließlich können wir nur das bekämpfen, was wir  
1064 überhaupt benennen.

1065

1066 Auch dieser Aspekt leidet unter einer inkonsequenten feministischen Praxis. Das Benennen  
1067 patriarchaler Strukturen erfolgt in der Regel von Frauen\*, viel zu selten von Männern. Dies trägt zur  
1068 Folge, dass Frauen\* schnell als unangenehm oder gar hysterisch wahrgenommen werden. Frauen\*  
1069 wird noch immer vorgeworfen, zu viel zu meckern und Sexismus dort zu sehen, wo er nicht existiere.  
1070 Dies bringt enormen Mental Load für Frauen\* mit sich. Denn auf der einen Seite stehen Frauen\*  
1071 unter Druck, die Dynamiken anprangern zu müssen, um Strukturen überhaupt erst zu benennen.  
1072 Gleichzeitig führt die ständige Benennung patriarchaler Realitäten zu diversen Vorwürfen, die  
1073 erneuten mentalen Load mit sich bringen. Dieses Spannungsfeld kann sich überhaupt erst dann  
1074 auflösen, wenn auch Männer anfangen, patriarchale Strukturen, sexistisches Verhalten und toxische  
1075 Männlichkeit zu erkennen und zu benennen - im Zweifel auch bei sich selbst.

1076

1077 Zudem erzwingt das feministische Selbstverständnis, feministische Debatten zu führen und sich in  
1078 aktuellen feministischen Diskursen zu positionieren. Es gibt im feministischen Diskurs jedoch nicht  
1079 "die" feministische Perspektive. Vielmehr ist sowohl feministische Theorie als auch die Praxis von  
1080 diversen Strömungen und Ansätzen durchzogen, in der sich feministische Akteur\*innen, wie wir als  
1081 Jungsozialist\*innen es sind, verorten müssen. Entlang der verschiedenen feministischen  
1082 Strömungen kann es zu Kontroversen kommen, in welchen andere Positionen teils autoritär als  
1083 illegitim diffamiert werden. In den kontroversen feministischen Debatten und Fragestellungen sind  
1084 die Frauen\* meist diejenigen, die sich an Debatten beteiligen und starke Positionen einbringen. Für  
1085 Frauen\* trägt dies zur Konsequenz, dass sie in unbequemen Debatten schnell in der Schusslinie  
1086 stehen. Diese kann extrem hart sein, wodurch Frauen\* schnell das Gefühl haben, sich aus dem  
1087 politischen Diskurs zurückziehen zu müssen. Männer hingegen ziehen sich oft aus diesen  
1088 Kontroversen heraus und es bleibt bei einer feministischen Selbstbezeichnung. Sie umgehen damit,  
1089 wie bereits oben beschrieben, das Spannungsfeld ihrer feministischen Sprachfähigkeit und nutzen  
1090 hier die eigene Nicht-Betroffenheit als Schutz vor den beschriebenen Auswirkungen einer  
1091 feministischen Kontroverse, die dann nur noch die Frauen\* trifft. Ist unser Anspruch, dass auch  
1092 Frauen\* den politischen Diskurs mitgestalten können, so müssen kontroverse feministische  
1093 Debatten auch unter Beteiligung der Männern geführt werden.

1094

## 1095 **Der feministische Kampf geht weiter!**

1096

1097 Dieser Antrag will keine Anklageschrift sein, ebensowenig will er die Debatte darüber, wie wir und  
1098 wie insbesondere Männer den Feminismus unseres Verbandes weiter mit Leben füllen und  
1099 konsequent umsetzen können, für beendet erklären.

1100

1101 Klar muss sein, dass es trotz vieler Errungenschaften und Konsense keinen Endpunkt des  
1102 feministischen Kampfes gibt. Insbesondere im Hinblick auf reaktionäre Kräfte, die gerade diese

1103 Errungenschaften zurückdrehen wollen, sowie auf die Herausforderungen, die auch der innerlinke  
1104 feministische Diskurs immer wieder birgt, wäre ein Rückzug auf einen solchen vermeintlichen  
1105 Endpunkt fatal. Wir bekennen uns zu unserem klaren feministischen Profil und dazu, dieses auch in  
1106 Zukunft intensiv weiter zu diskutieren, auszugestalten und nach außen zu vertreten - sei es in  
1107 Bildungsarbeit, in Debattenkultur, in unserer Öffentlichkeitsarbeit, in Personalentscheidungen,  
1108 Bündnisarbeit und Neumitgliederarbeit.

1109

1110 Die Weiterführung der feministischen Debatte erfordert aber eben auch ein Mehr an männlicher  
1111 Beteiligung. Beteiligung an feministischer Bildungsarbeit, feministischer Debatte - auch wenn diese  
1112 einmal kontroverser zugeht - und am gemeinsamen Kampf gegen Sexismus, Übergriffigkeit und  
1113 Gewalt.

1114

1115 Voraussetzung für die Stärkung dieser Beteiligung ist ferner die Schaffung von Räumen, in denen  
1116 männliche Reflexion stattfinden kann. Wir wollen unser Verständnis von Awareness und  
1117 Antidiskriminierung dahingehend erweitern, dass es nicht mehr allein Aufgabe und Zweck von  
1118 Frauen\*treffen ist, Schutzraum für den Austausch über gewaltvolle Erfahrungen auch innerhalb  
1119 unseres Verbands zu sein, sondern dass auf der anderen Seite auch Raum und Struktur dafür  
1120 geschaffen wird, diejenigen zu adressieren und zu Reflexion bzw. Verhaltensänderung anzuregen,  
1121 von denen unsolidarisches und sexistisches Verhalten ausgeht.

1122

## 1123 **Mein, dein, unser Bier - feministische Praxis leben!**

1124

1125 Es wird deutlich: wollen wir dem Anspruch eines konsequent feministischen Verbands gerecht  
1126 werden, so darf sich nicht auf reinen Selbstbezeichnungen ausgeruht werden. Es bedarf vielmehr  
1127 einer umfassenden feministischen Praxis, die sich auf Reflexion, Beteiligung sowie Handlungs- und  
1128 Sprechfähigkeit erstreckt. Die im Antrag aufgeworfenen Problemlagen wollen wir uns gemeinsam  
1129 bewusst machen und im kommenden Jahr aufgreifen und angehen.

1130 **A5 “Sozialismus statt Selektion” - Unsere Forderungen für eine**  
1131 **behindertengerechtere Arbeits- und Bildungspolitik**

1132

1133 **Aussortierung und systematischen Ausschluss checken**

1134 *In allen Gesellschaften konzentrieren sich behinderte Menschen ökonomisch ganz unten. Das*  
1135 *ist in Deutschland nicht anders. Daher ist es wichtig, sich immer wieder vor Augen zu führen,*  
1136 *vor welchem Hintergrund wir überhaupt über Inklusion sprechen.*

1137 *Behinderung durch den Staat in Deutschland, Frieder Kurbjeweit in: AJ-Blog, 2017*

1138

1139 **Einleitung**

1140 Im vergangenen Jahr 2021 jährte sich das einst von der UNO ausgerufenen „Jahr der Behinderten  
1141 1981“ zum vierzigsten Mal. Damals von der Behindertenrechtsbewegung deutlich abgelehnt und als  
1142 „Jahr der Behinderter“ verschrien, ist seitdem augenscheinlich viel passiert und die soziale Stellung  
1143 behinderter Menschen in unseren Gesellschaften sollte sich maßgeblich verbessert haben, mögen  
1144 manche sagen. Insbesondere die von den Vereinten Nationen 2006, 25 Jahre nach dem  
1145 umstrittenen Symboljahr verabschiedete „Konvention über die Rechte von Menschen mit  
1146 Behinderungen“ (UN-BRK) gilt als Paradigmenwechsel in der Art und Weise wie wir über behinderte  
1147 Menschen reden und denken. Die fehlende behindertenrechtspolitische Sachkenntnis bei den  
1148 Regierungen der meisten Staaten war so Fluch und Segen zugleich: So wissen zwar bis heute die  
1149 wenigsten Entscheidungsträger\*innen welche umfangreiche gesellschaftliche Umwälzung dort  
1150 eigentlich ratifiziert wurde, aber die Tatsache der unzulänglichen Sachkenntnisse bei den  
1151 Regierungen war es, die ermöglicht haben dass, die Verfasser\*innen dieser Konvention aus der  
1152 Behindertenbewegung kamen und somit keine Verwalter\*innen sonder Gestalter\*innen waren.

1153 Diese Historie ermöglichte es für die UN-BRK ein tatsächlicher Paradigmenwechsel vom alten Bild  
1154 der Behinderten als medizinische Defizitobjekte zu emanzipatorischen Perspektiven wie dem  
1155 sozialen oder menschenrechtlichen Modell von Behinderung zu sein. Neben diesem  
1156 Paradigmenwechsel, der sich heute z.B. bei reichweitestarken Online-Aktivist\*innen und  
1157 Sprachkritiker\*innen sehr deutlich niederschlägt, brachte uns diese Konvention allerdings auch die  
1158 viel wichtigeren normativen Grundlagen für die materielle Gleichstellung behinderter Menschen,  
1159 sofern der Ratifizierung auch Taten folgen.

1160

1161 **Wie ist der Stand der Umsetzung in Deutschland?**

1162 Die Umsetzung der UN-BRK wird von Monitoring-Stellen unabhängig überwacht, in Deutschland  
1163 vom Institut für Menschenrechte. Insbesondere im EU-Recht und den darauf beruhenden  
1164 Rechtsprechungen des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) zeigen sich erfreuliche Auswirkungen  
1165 der UN-BRK. Deutschland, mit der Ratifizierung in 2009 schon verhältnismäßig spät dran gewesen,  
1166 zeigt allerdings von der Überwindung seines rückwärtsgewandten Schulsystems bis zur Beendigung  
1167 der ökonomischen Ausbeutungsverhältnisse oft wenig Einsicht in der Umsetzung geltender Verträge  
1168 und dem Befolgen gültigen Rechts.

1169 Laut deutscher Rechtsprechung handelt es sich so z.B. bei Werkstätten-Beschäftigten nicht um  
1170 Arbeitnehmer\*innen, sondern um "arbeitnehmerähnliche" Beschäftigung. Das EuGH urteilte  
1171 allerdings bereits 2015, dass das gegen Unionsrecht verstößt (Aktenzeichen C-316/13).

1172 Die folgenden drei Kapitel sollen daher darstellen was wir als unmittelbar notwendig erachten um  
1173 die sich lebenslänglich durchziehenden Exklusions- und Selektionsprozesse einzudämmen und auf  
1174 den Paradigmenwechsel einen materiellen Richtungswechsel folgen zu lassen. Am Schluss muss für  
1175 uns Jusos klar bleiben, das Ziel heißt Sozialismus statt Selektion!

#### 1176 **Schule und Studium**

1177 Kinder verhalten sich so, wie sie von ihrer Umgebung und der Gesellschaft behandelt werden. Wird  
1178 ihnen also von Beginn an beispielsweise vermittelt, nicht auf eine Regelschule zu dürfen, folgt darauf  
1179 das Gefühl, nicht in die Gesellschaft zu passen. Dies wirkt sich enorm auf die Selbstständigkeit und  
1180 das Selbstbewusstsein der Kinder aus. Somit lässt sich sagen, dass das Konzept der Förder- und  
1181 Sonderschulen vor allem dazu führt, dass Kinder aus dem Leben selektiert werden und ihnen die  
1182 Chance genommen wird, sich eigenständig zu entwickeln. Die akademische und auch geistig-  
1183 seelische Entfaltung behinderter und chronisch kranker Kinder wird auf Förder- und Sonderschulen  
1184 erheblich erschwert, denn gerade eine diagnostizierte Entwicklungsstörung kann sehr weit  
1185 gefächert sein. So ist es schwer, die Potenziale eines Kindes richtig einzuschätzen und auf sie  
1186 einzugehen. Ist ein Kind also erstmal auf einer Förder- oder Sonderschule, ist der restliche Verlauf  
1187 des Lebens nicht sonderlich individuell. 77% der Schüler\*innen mit dem sogenannten  
1188 Förderschwerpunkt Lernen schaffen keinen Abschluss. Viele von ihnen landen danach in  
1189 Werkstätten. Somit bietet die bestehende Selektion im Schulsystem das Fundament der  
1190 arbeitspolitischen Selektion.

1191

1192 Deshalb fordern wir:

1193

- 1194 ● Sogenannte Förder- und Sonderschulen müssen definitiv zum Auslaufmodell werden und  
1195 daher muss das Recht auf freie Schulwahl bedingungslos durchgesetzt werden.
- 1196 ● Eine Schule für alle mit gleichen Abschlusschancen für alle muss das sozialdemokratische  
1197 und jungsozialistische Ziel einer (behinderten)gerechten Bildungslandschaft bleiben
- 1198 ● Die Schaffung der nötigen Rahmenbedingungen wie kleinere Klassen und mehr  
1199 pädagogisches Personal, sowie die Bereitstellung der finanziellen Mittel, um die  
1200 Durchsetzung des Rechts auf Inklusion an Regelschulen abzusichern.
- 1201 ● Sensibilisierung von Lehrer\*innen
- 1202 ● Etablierung der Sensibilisierung in der Ausbildung in Fächern, die in Träger- und  
1203 Fachkräfteberufe führen

1204

1205 Kämpft sich ein Kind durch den Leistungsdruck und schafft sein Abitur, heißt der nächste Schritt  
1206 Ausbildung oder Studium. Doch an den Universitäten mangelt es ebenso an Inklusion. So wird  
1207 Studierenden mit Behinderung oder chronischen Krankheiten von Dozierenden aus diesen Gründen  
1208 ihre Studierfähigkeit abgesprochen, wenn sie beispielsweise durch eine Sehbehinderung nicht den

1209 Vorlesungen folgen können. Diese zusätzliche Stressbelastung durch die mangelnde Inklusion an  
1210 Universitäten ist nicht weiter hinzunehmen. Der Hochschulzugang wird schließlich durch das Abitur  
1211 erlangt, somit sollte auch jede hochschulberechtigte Person unter denselben Voraussetzungen  
1212 studieren können.

1213

1214 Deshalb fordern wir:

1215

- 1216 • Barrierefreiheit in Hochschulgebäuden und Vorlesungen, beispielsweise durch Rampen und  
1217 Studienangebote für Gehörlose
- 1218 • Sensibilisierung des Hochschulpersonals
- 1219 • Verpflichtende, regelmäßige Schulungen für Dozierende, wie sich das Lehrangebot inklusiv  
1220 gestalten lässt

1221 **WfbM**

1222 Die Arbeit in „Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM)“ erscheint oberflächlich als ein  
1223 soziales Projekt. Menschen, die Produkte aus der Produktion der Werkstätten kaufen, wird das  
1224 Gefühl gegeben, dass sie faire Arbeit für einen guten Zweck unterstützen würden. Dies ist jedoch  
1225 nicht der Fall, denn bei näherer Betrachtung lässt sich kein wirklicher sozialer Charakter der WfbM  
1226 feststellen. Die Werkstätten sind meistens in der Hand von Trägern wie der Lebenshilfe. Arbeit,  
1227 Freizeit und Soziales findet nur an diesen Plätzen statt. Dies grenzt Menschen mit Behinderung vom  
1228 Rest der Gesellschaft aus. Des Weiteren kann hier von einer Ausbeutung der Arbeitskraft von  
1229 Menschen mit Behinderung gesprochen werden. Dies wissen wir spätestens seit der viel  
1230 diskutierten Petition des YouTubers Lukas Krämer, in der er einen Mindestlohn für die Arbeit in den  
1231 WfbM fordert. Momentan erhalten die Menschen dort eine Bezahlung von durchschnittlich 1,35  
1232 Euro die Stunde, und das bei einem Jahresabsatz der Branche von ungefähr 8 Milliarden Euro. Bei  
1233 dieser Unterbezahlung beträgt die Anwesenheitszeit in der Werkstatt zwischen 35 und 40 Stunden  
1234 die Woche. Dies untergräbt massiv die Beschlüsse der UN-Behindertenrechtskonvention, welche in  
1235 Artikel 27 fordert, dass Menschen mit Behinderung einen Lebensunterhalt erarbeiten dürfen. Dies  
1236 ist aber hier nicht gegeben. Durch die geringe Bezahlung sind die meisten Menschen, die dort  
1237 beschäftigt sind, dazu gezwungen, durch Sozialleistungen aufzustocken. Diese zusätzliche staatliche  
1238 Abhängigkeit durch die a-typische Natur der dortigen Beschäftigungsverhältnisse ist mit allen  
1239 Mitteln zu bekämpfen.

1240 Es stellt sich jedoch nicht nur die Bezahlung als problematisch heraus. Beschäftigte einer WfbM  
1241 gelten nicht als Arbeitnehmer\*innen, vielmehr ist ihr Status nur daran angelehnt. Offiziell gilt der  
1242 Verkauf der eigenen Arbeitskraft in so einer Institution nämlich als Rehabilitationsmaßnahme. Dies  
1243 sorgt dafür, dass betriebliche Mitwirkung und das Wahrnehmen des Streikrechts nahezu unmöglich  
1244 sind. Umso skandalöser ist es, dass die Vermittlungsquote von Beschäftigten in den allgemeinen  
1245 Arbeitsmarkt nur bei 1% liegt und dabei die Zahl der Beschäftigten aber kontinuierlich ansteigt.  
1246 Damit kommen die Werkstätten ihrer Pflicht der Rehabilitation der Beschäftigten nicht nach,  
1247 sondern nutzen vielmehr die Möglichkeit, diese dort zu binden, ihre Löhne zu drücken und Ware in  
1248 Massen produzieren zu lassen, welche dann günstig, unter dem Deckmantel eines guten Zwecks,

1249 weiterverkauft werden kann. Sollten Beschäftigte der WfbM jedoch bestrebt sein, sich dem  
1250 allgemeinen Arbeitsmarkt anzugliedern, so wird ihnen oft eingeredet, dass sie nicht dafür geeignet  
1251 wären. Es fehlt an Empowerment-Strukturen innerhalb der Werkstätten, welche den Beschäftigten  
1252 ermöglichen, die Kraft für einen Ausstieg aus der Branche zu sammeln. Die zynischen und  
1253 ausbeuterischen Verhältnisse innerhalb der WfbMs müssen aufhören.

1254

1255 Deshalb fordern wir:

1256

- 1257 • Die Kopplung an den allgemein gültigen Mindestlohn mit allen zukünftigen Erhöhungen in  
1258 WbMs.
- 1259 • Volles Streikrecht und vollständige arbeitsrechtliche Gleichstellung der Beschäftigten als  
1260 Arbeitnehmer\*innen entsprechend der EU-Rechtsprechung
- 1261 • Gewerkschaftliche Vertretung und Selbstorganisation der Beschäftigten schaffen, echte  
1262 Betriebsräte einrichten und Tarifverträge aushandeln
- 1263 • Dass die Betriebe dazu verpflichtet werden, berufliche Bildung der Beschäftigten zu leisten  
1264 und mehr Beschäftigte in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu überführen und somit mehr  
1265 soziale Teilhabe zu ermöglichen
- 1266 • Angemessene Empowerment-Strukturen, welche den Beschäftigten ermöglichen, sich auf  
1267 den allgemeinen Arbeitsmarkt vorzubereiten.

#### 1268 **Arbeitgeber\*innen des ersten Arbeitsmarkts**

1269 Wo aber sollen behinderte Menschen arbeiten, wenn nicht in den exklusiven Werkstätten für  
1270 Menschen mit Behinderung? Da, wo auch die meisten anderen Arbeitnehmer\*innen beschäftigt  
1271 sind. Arbeitgeber\*innen mit mindestens 20 Arbeitsplätzen sind heute schon verpflichtet, 5% ihrer  
1272 Arbeitsplätze mit behinderten Menschen zu besetzen. Etwa ein Viertel der Unternehmen in  
1273 Deutschland beschäftigt trotzdem keinen einzigen behinderten Menschen. Weitere 35% der  
1274 Arbeitgeber\*innen erfüllten ihre Beschäftigungsquote unvollständig. Die Ursachen dafür liegen u.a.  
1275 in den niedrigen Sätzen für die Ausgleichsabgabe, die Unternehmen zahlen müssen, wenn sie ihre  
1276 Quote nicht erfüllen. Aktuell belaufen sich diese Ausgleichszahlungen auf maximal 320€ pro nicht  
1277 besetztem Pflichtarbeitsplatz im Monat. Hubertus Heil stellte im Dezember 2020 als Bundesminister  
1278 für Arbeit und Soziales die Erhöhung dieser Abgabe auf 720€ in Aussicht. Diese Änderung war aber  
1279 im April 2021 schon wieder vom Tisch. Die aktuelle Gesetzeslage trägt auch durch einen anderen  
1280 Mechanismus direkt zum Erhalt des Werkstattsystems bei: Wollen Unternehmen weder behinderte  
1281 Menschen beschäftigen noch Ausgleichsabgaben zahlen, so können sie stattdessen auch Produkte  
1282 aus Werkstätten für Menschen mit Behinderung einkaufen. Weisen sie dies dem Staat nach,  
1283 entfallen die Strafzahlungen.

1284 Dabei fördern die Agentur für Arbeit, das Integrationsamt und andere Einrichtungen die Anstellung  
1285 behinderter Menschen bereits umfangreich. Unternehmen können beispielsweise behinderte  
1286 Menschen bis zu 3 Monate auf Probe beschäftigen und sich dann deren Arbeitsentgelt für diesen  
1287 Zeitraum in voller Höhe von der Bundesagentur für Arbeit erstatten lassen. Eingliederungszuschüsse  
1288 von bis zu 70% des Gehalts können für bis zu zwei Jahre beantragt werden. Auch

1289 Unterstützungsbefehle, wie Assistenzen oder technische Hilfsmittel, können von staatlichen oder  
1290 öffentlich-rechtlichen Stellen übernommen werden.

1291

1292 Deshalb fordern wir:

1293

- 1294 • Die Abschaffung der Verrechnungsmöglichkeit der Ausgleichsabgabe für Unternehmen
- 1295 • Eine kurzfristige Erhöhung der Ausgleichsabgabe auf 720€ pro Monat pro unbesetztem  
1296 Pflichtarbeitsplatz
- 1297 • Mittelfristig die Kopplung der Ausgleichsabgabe an den Umsatz von Unternehmen bei  
1298 gleichzeitiger Erhöhung der Maximalsumme der Ausgleichsabgabe auf 1500€ im Monat pro  
1299 unbesetztem Pflichtarbeitsplatz
- 1300 • Einführung einer Begründungspflicht für Unternehmen, die ihre Beschäftigungsquote nicht  
1301 erfüllen, um Reflexionsprozesse in den Unternehmen zu fördern. Die  
1302 Schwerbehindertenvertretung bekommt das Recht diese Begründungen zu kommentieren

1303 **A6 Reproduktive Selbstbestimmung - Jetzt!**

1304

1305 Ob man einen Kinderwunsch hat oder aber ganz bewusst Kinder für sich selbst ausschließt, ist eine  
1306 sehr persönliche Entscheidung. Und genauso persönlich wie die Entscheidung an sich, sollte auch  
1307 der Weg zur Erfüllung dieser aussehen. Das entspricht jedoch bei weitem nicht der Realität. Schon  
1308 seit langem kritisieren wir Jusos in diesem Zusammenhang die restriktiven Gesetze bei  
1309 Abtreibungen, die in Deutschland noch immer im Strafgesetzbuch geregelt sind. Doch müssen wir  
1310 uns vor Augen führen, dass wir als feministischer Verband einem Problem anheim fallen, das auch  
1311 die politische Linke betrifft: Wenn unter reproduktiver Selbstbestimmung lediglich das Recht auf  
1312 Abtreibung verstanden wird, blenden wir einen großen Teil der Debatte aus. Dieser Lücke möchte  
1313 sich der vorliegende Antrag widmen und formuliert deshalb grundlegende Perspektiven zum Thema  
1314 reproduktive Selbstbestimmung jenseits unserer bereits gefassten Beschlusslagen zum Thema  
1315 Schwangerschaftsabbruch. Ausdrücklicher Teil der reproduktiven Selbstbestimmung ist nämlich  
1316 jede prinzipiell denkbare Möglichkeit zur Erfüllung des eigenen Kinderwunsches oder auch zur  
1317 Erfüllung der eigenen Sterilität.

1318

1319 **Unerfüllter Kinderwunsch - Weg mit dem Tabu!**

1320

1321 Eine Studie des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die zuerst 2014  
1322 veröffentlicht und 2020 durch neue Zahlen aktualisiert wurde, zeigt, dass das Thema unerfüllter  
1323 Kinderwunsch noch immer ein großes Tabu innerhalb unserer Gesellschaft darstellt. So gaben nur  
1324 rund 25 Prozent der Befragten an Fachärzt\*innen aufgesucht zu haben, um eine organische Ursache  
1325 für den unerfüllten Kinderwunsch abklären zu lassen. Gleichzeitig werden vor allem von Männern  
1326 Angebote der Unterstützung häufig als Risiko der Stigmatisierung wahrgenommen; folglich bleibt  
1327 die Debatte über ungewollte Kinderwünsche meist selbst im privatesten Kreis der Betroffenen ein  
1328 Tabu. Auch dies führt bei den Betroffenen dazu, dass sie sich alleine mit den Konsequenzen ihres  
1329 unerfüllten Kinderwunsches sehen, welches rein statistisch gesprochen meist zum Nachteil von  
1330 Frauen ausgelegt wird: So konnte die Studie belegen, dass ungewollt kinderlose Frauen und Männer  
1331 im zunehmenden Alter dazu tendieren die Ursache primär bei der Frau selbst zu suchen, selbst wenn  
1332 dies gar nicht einer getroffenen Diagnose entspricht. Nicht zuletzt stellt das ein Symptom der  
1333 patriarchalen Abwertung von Frauen, die keine Mütter sind/sein können dar. Für gewollt kinderlose  
1334 Frauen bedeutet dies häufig, dass ihnen mögliche Sterilisationen abgesprochen werden, für  
1335 ungewollt Kinderlose hingegen die Wahrnehmung das eigene Frausein sei ‚beschädigt‘. Und auch  
1336 für 56 Prozent aller kinderlosen Männer gilt noch immer die Aussage „Vaterschaft gehört zum  
1337 Mannsein dazu“.

1338

1339 **Kinderwunsch erfüllbar machen - mit Leihmutterschaft und Eizellspende**

1340

1341 Die Studie des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend belegt eindrücklich,  
1342 dass viele ungewollt Kinderlose auf verschiedene Weise den Versuch unternehmen ihren

1343 Kinderwunsch zu ermöglichen. Aktuell stehen ungewollt Kinderlosen in Deutschland dafür  
1344 verschiedene Wege zur Verfügung. So etwa die künstliche Befruchtung als In-vitro-Fertilisation (IVF),  
1345 bei der Eizellen und Sperma entnommen werden, welche dann im Labor zur Befruchtung genutzt  
1346 werden um sie nach erfolgreichem Wachstum der ungewollt kinderlosen Frau oder Person mit  
1347 Uterus wieder einzusetzen. Ist die Qualität der Spermien nicht ausreichend für dieses Verfahren, ist  
1348 auch eine zusätzliche Samenspende denkbar. Eine andere Möglichkeit stellt die Samenspende dar,  
1349 die von Paaren genutzt wird, bei denen der Mann steril ist oder aber die für lesbische Paare  
1350 notwendig ist. Bei einer Samenspende ist eine künstliche Befruchtung wie zuvor beschrieben  
1351 möglich, aber auch eine Insemination. Darüber hinaus können hormonelle Behandlungen und  
1352 Stimulationen helfen den Kinderwunsch zu erfüllen. Für Frauen und Menschen mit Uterus, die steril  
1353 sind, kommen diese Möglichkeiten mit unter nicht in Frage. Möglich ist dann etwa die  
1354 Embryonenspende. Bei der Embryonenspende werden Embryonen, die von anderen nach einer  
1355 Kinderwunschbehandlung nicht mehr genutzt wurden, gespendet und in die Betroffenen eingesetzt.  
1356 Außerdem könnten eigene vor Jahren eingefrorene Eizellen genutzt werden um mit einer IVF eine  
1357 Schwangerschaft zu ermöglichen. Kommen diese Möglichkeiten nicht in Frage oder bleiben  
1358 erfolglos, bleibt in Deutschland zumeist nur die Adoption übrig. Denn die Eizellspende, ebenso wie  
1359 die Leihmutterschaft, sind in Deutschland nicht erlaubt.

1360

### 1361 **Leihmutterschaft ermöglichen!**

1362

1363 Für schwule Männer, genauso wie für unfruchtbare Frauen und Menschen mit Uterus, gibt es in  
1364 verschiedenen Ländern die Möglichkeit der Leihmutterschaft. Dabei werden einer so genannten  
1365 Leihmutter gespendete Eizellen oder Eizellen der ungewollt Kinderlosen, die zuvor via IVF befruchtet  
1366 wurden, eingesetzt. Mit diesem Verfahren besteht dann keine biologische Verwandtschaft zwischen  
1367 der Leihmutter und dem gezeugten Kind. In Deutschland ist dieses Verfahren auf Grund des  
1368 Gesetzes zum Schutz von Embryonen (ESchG) verboten, denn nach § 1 Abs. 1 Nr. 7 des ESchG wird  
1369 mit Freiheitsstrafe bestraft, wer bei einer Leihmutter „eine künstliche Befruchtung“ unternimmt  
1370 oder „einen menschlichen Embryo“ überträgt. Dieses Gesetz richtet sich dabei also ausdrücklich  
1371 gegen die ausführenden Mediziner\*innen und nicht gegen die Leihmutter oder die Person(en), die  
1372 Eltern werden möchten. Doch dieses Gesetz heißt nicht, dass es in Deutschland keine durch  
1373 Leihmütter ausgetragenen Kinder gibt! Denn wer es sich leisten kann, nimmt Angebote von  
1374 Leihmüttervermittler\*innen an. Diese Börsen stellen Kontakte zu Kinderwunschzentren etwa in den  
1375 USA oder Indien her, wo die Leihmutterschaft erlaubt und (besser oder schlechter) gesetzlich  
1376 geregelt ist. So wird der Kinderwunsch also auch zur ökonomischen Frage. Schließlich ist es so, dass  
1377 die besten Chancen auf die Erfüllung jene haben, die über die in Deutschland zur Verfügung  
1378 stehenden Möglichkeiten und Finanzierungen der Krankenkassen hinaus, eigenständig Geld in die  
1379 Hand nehmen können.

1380 Im Falle der Leihmutterschaft endet der steinige Weg zum eigenen Kind aber nicht, selbst wenn man  
1381 das Geld hat, um im Ausland eine passende Leihmutter zu finden. Denn dann ist das  
1382 Abstammungsrecht noch zu bedenken. Nach dem deutschen Abstammungsrecht ist jene Person als

1383 Mutter anzusehen, welche das Kind ausgetragen hat. Wenn ein Kind kurz nach der Geburt nach  
1384 Deutschland gebracht wird, gilt als so genannter gewöhnlicher Aufenthalt des Kindes Deutschland  
1385 und damit das deutsche Abstammungsrecht, das keine Leihmutterschaft vorsieht. So kommt es zur  
1386 irrsinnigen Situation, dass die Leihmutter (die nicht biologisch mit dem ausgetragenen Kind  
1387 verwandt ist und nach etwa US-amerikanischem Gesetz somit auch nicht Mutter des Kindes im Sinne  
1388 der Abstammung) als Mutter in einer deutschen Geburtsurkunde aufgeführt wird. Diesem Problem  
1389 widmete sich die Rechtsprechung bereits und entschied, dass im Falle von Leihmutterschaft das  
1390 Abstammungsrecht des Landes der Leihmutter anerkannt werden kann, wenn festzustellen ist, dass  
1391 die Menschenwürde der Leihmutter nicht verletzt wurde, etwa weil sie nicht zur Leihmutterschaft  
1392 gezwungen wurde. Das bedeutet zusammengefasst: Das deutsche Abstammungsrecht sieht keine  
1393 Leihmutterschaft vor, doch durch Entscheidungen des Familiengerichts (die bindend für Gerichte  
1394 und Verwaltungsbehörden sind) können Eltern, deren Kind durch Leihmutterschaft im Ausland  
1395 geboren wurde ihre eigene Elternschaft anerkennen lassen, wenn sie Entscheidungen eines Gerichts  
1396 oder einer Behörde aus dem Geburtsland des Kindes vorlegen können. Trotzdem bleibt jedoch das  
1397 Risiko, dass ein Standesamt die Auffassung vertritt, dass das deutsche Abstammungsrecht gilt, in  
1398 welchem Falle dann ein Adoptionsverfahren angestrengt werden muss. Bis ein Verfahren  
1399 abgeschlossen ist, ist die Einreise des Kindes nach Deutschland nicht ohne weiteres möglich, da das  
1400 Kind kein Recht auf einen deutschen Pass hat.

1401

1402 Die Frage bleibt: Warum ist eine Leihmutterschaft in Deutschland illegal? Die Antwort ändert sich je  
1403 nachdem, wem man diese Frage stellt. So argumentieren einige mit der Gefahr der Ausbeutung der  
1404 Leihmutter, denn in den meisten Fällen wird diese finanziell entschädigt. Doch was ist an diesem  
1405 Argument dran?

1406 Zunächst einmal sollten sich die Modelle dieser Entschädigung vor Augen geführt werden. In den  
1407 USA etwa erhält eine Leihmutter finanzielle Mittel, welche die für die Schwangerschaft notwendige  
1408 medizinische Versorgung gewährleisten. Darüber hinaus wird in der Regel Geld vorgesehen für  
1409 Ausgaben wie Schwangerschaftskleidung und ähnliches. Zusätzliches Geld wird als Entschädigung  
1410 für die körperlichen Risiken verstanden, denn zweifelsohne stellt sowohl eine für die  
1411 Leihmutterschaft erforderliche (missglückte) IVF, als auch eine Schwangerschaft und Geburt  
1412 erhebliche Belastungen für die Schwangere dar. In welcher Höhe es gezahlt wird, kann in Absprache  
1413 zwischen der Leihmutter und den intendierten Eltern festgelegt werden, durchschnittlich kann von  
1414 etwa 25.000 Dollar ausgegangen werden. Natürlich entscheidet auch eine etwaige Obergrenze an  
1415 Schwangerschaften darüber, wie viel Geld die Leihmutter durch ihre Schwangerschaft(en)  
1416 verdienen kann. In den USA gibt es eine solche Obergrenze gesetzlich nicht, die meisten ärztlichen  
1417 Praxen, die sich auf Kinderwunsch und Leihmutterschaft spezialisiert haben, legen jedoch eine  
1418 maximale Obergrenze von sechs Schwangerschaften fest. Dabei berücksichtigt werden jedoch auch  
1419 eigene Schwangerschaften. Dieser Prozess legt für viele die Gefahr nahe, dass besonders Frauen  
1420 und Menschen mit Uterus, die in finanzieller Not stecken die Möglichkeit der Leihmutterschaft für  
1421 sich in Betracht ziehen. In diesem Zusammenhang ist jedoch ganz klar zu sagen, dass eine  
1422 Legalisierung von Leihmutterschaft mit einer Reihe von Gesetzen einher gehen müsste, die dieses

1423 Risiko minimieren. Denkbar wären etwa gesetzliche Obergrenzen der Schwangerschaften  
1424 festzulegen sowie Voruntersuchungen und Gespräche, die die Motive der möglichen Leihmutter  
1425 genauestens untersuchen. So gilt in den USA etwa, dass Personen, die Leihmutter werden wollen,  
1426 ein gewisses Alter haben müssen, ihre Gesundheit wird strengstens begutachtet und ebenso ist dort  
1427 eine Leihmutterchaft ausgeschlossen für Frauen und Menschen mit Uterus, die Sozialhilfe erhalten.

1428  
1429 Ein weiteres Argument, das Gegner\*innen der Leihmutterchaft anführen, ist das Wohle des Kindes.  
1430 Auch dieser Argumentation ist heftig zu widersprechen, denn es liegt viel mehr nahe, dass die  
1431 unklare Rechtslage in Deutschland stand jetzt zu Prozessen führen, die auch die betreffenden Kinder  
1432 in Mitleidenschaft ziehen können, wenn etwa die Abstammung nicht anerkannt wird. Fest steht:  
1433 Beim Thema Leihmutterchaft sollte das Wohl der austragenden Schwangeren im Fokus stehen.  
1434 Und in diesem Zusammenhang gilt: Sofern ausreichende Regularien vorliegen, die eine Freiwilligkeit  
1435 der Leihmutter weitestgehend garantieren, ist dieses Wohl als erfüllt zu sehen. Klar ist hier: Eine  
1436 Legalisierung der Leihmutterchaft würde unter anderem dem Wohl der austragenden Person  
1437 zugute kommen, wie schon der deutsche Ethikrat feststellte. Dieser argumentierte, dass das  
1438 größere Risiko für Leihmütter bestünde, die in Ländern ohne umfangreiche gesetzliche  
1439 Rahmenbedingungen ein Kind austrügen (wie etwa in Indien) und kam in Abwägung aller Argumente  
1440 zu dem Ergebnis, dass Leihmutterchaft in Deutschland zulässig sein sollte.

1441  
1442 In Anbetracht aller Argumente fordern wir deshalb:

- 1443 - Die Legalisierung der Leihmutterchaft in Deutschland unter Festlegung bestimmter Maßstäbe  
1444 die das Wohl der Leihmutter immer in den Fokus der einzelnen Situation setzen.
- 1445 - In Konsequenz die Änderung des Abstammungsrechts in Hinblick auf Leihmutterchaft.

1446  
1447 **Eizellspenden ermöglichen!**

1448  
1449 Eine weitere Kinderwunschbehandlung, die im Ausland auf verschiedene Weise legalisiert ist, ist die  
1450 Eizellspende. Bei dieser werden der spendenden Person nach einer hormonellen Behandlung  
1451 gereifte Eizellen entnommen, die dann für eine Kinderwunschbehandlung mit IVF einer anderen  
1452 Frau oder Person mit Uterus eingesetzt werden können. Dieser Prozess bedeutet also, dass die  
1453 austragende schwangere Person keine biologische Verwandtschaft mit dem späteren Kind hat. Die  
1454 Eizellspende ist insofern als Pendant zur Samenspende zu verstehen, mit dem Unterschied, dass  
1455 letztere in Deutschland legal ist. Der Grund dafür liegt abermals im Embryonenschutzgesetz. Dieses  
1456 regelt, dass einer Frau oder Person mit Uterus nur eigene Eizellen wieder eingesetzt werden dürfen;  
1457 auch hier richtet sich die Strafbarkeit dabei gegen die Mediziner\*innen. Für die ungewollt  
1458 Kinderlosen in Deutschland, die auf eine Eizellspende angewiesen sind, bedeutet auch dieser Fall  
1459 vor allem wieder finanziellen Aufwand. Denn die Eizellspende ist in vielen Ländern in der EU legal  
1460 und kann in Anspruch genommen werden, wenn die erforderlichen finanziellen Mittel vorhanden  
1461 sind. So kann eine Eizellspende etwa in Belgien, Polen, Tschechien oder Österreich stattfinden, wenn  
1462 die erforderlichen Kosten von 7.500-9.000 Euro erbracht werden können. Auch bei der

1463 Argumentation gegen die Eizellspende fällt oftmals das Argument der finanziellen Ausbeutung von  
1464 der spendenden Person. Genauso wie bei der Leihmutterchaft ist hier jedoch anzuführen, dass mit  
1465 einer Legalisierung eine umfangreiche Regulierung der Auswahl der spendenden Person erfolgen  
1466 muss.

1467 In einem Punkt unterscheidet sich der Fall der Eizellspende beträchtlich von der Leihmutterchaft:  
1468 Denn das Kind hat eine biologische Verwandtschaft zu der Person, die die Eizelle gespendet hat.  
1469 Interessenverbände von mit Samenspenden gezeugten Kindern kämpfen (nicht nur in Deutschland)  
1470 seit Jahren für das Recht auf das Wissen über die eigene Abstammung. Und klar sein muss: Auch im  
1471 Fall einer Eizellspende muss dieses Recht gestärkt und anerkannt werden! Etwa Österreich hat hier  
1472 eine Regelung gefunden, die genau dies gewährleisten soll: Dort haben Kinder, die durch eine  
1473 gespendete Eizelle gezeugt wurden, das Recht mit 14 Jahren den Namen der biologischen Mutter  
1474 zu erfahren.

1475  
1476 Wir fordern:

- 1477 - Die Legalisierung der Eizellspende mit der Einführung notwendiger Gesetze und Verordnungen,  
1478 die das Risiko der Ausbeutung minimieren.
- 1479 - Die Einführung des Rechts des gezeugten Kindes die Identität der spendenden Person zu erfahren  
1480 um sich über die eigene Abstammung zu informieren.

1481  
1482 **Kein Kinderwunsch? - Kein Problem!**

1483  
1484 Genauso wie die Möglichkeit der Erfüllung des Kinderwunsches gehört zur reproduktiven  
1485 Selbstbestimmung auch die Gewährleistung der Kinderlosigkeit, wenn dies gewünscht ist. Neben  
1486 dem Recht auf Abtreibung umfasst dies selbstverständlich auch die Notwendigkeit kostenloser  
1487 Verhütungsmittel - und zwar ein Leben lang!

1488 Ein Mittel der Verhütung für Frauen und Menschen mit Uterus, dass bestmöglich die Kinderlosigkeit  
1489 gewährleisten würde, ist in Deutschland jedoch nur schwer zugänglich: Die Sterilisation. Medizinisch  
1490 gesehen ist eine Sterilisation keine Neuerfindung. In der Realität wird sie jedoch vor allem als  
1491 Behandlungsmaßnahme etwa bei Krebs oder Krankheiten wie Endometriose genutzt. Die freiwillige  
1492 Sterilisation, bei der die Eileiter durchtrennt werden, bleibt vielen bewusst Kinderlosen oder auch  
1493 Frauen und Menschen die keine weiteren Kinder mehr wollen, verwehrt. Der Grund dafür liegt in  
1494 unserer patriarchalen Gesellschaft, die es Frauen noch immer strukturell abspricht über ihren  
1495 eigenen Körper entscheiden zu können. Besonders junge Frauen müssen sich auf eine Odyssee von  
1496 einer Praxis zur nächsten machen, wenn sie sich für eine Sterilisation entschieden haben. Die  
1497 Ärzt\*innen weisen sie dann zumeist ab mit der Begründung, dass sie noch keine Kinder hätte und  
1498 sie diese später ja noch haben wollen könnten. Auch wird die Behandlung oft verweigert, weil die  
1499 Sterilisation bei Frauen sowie Menschen mit Uterus nicht in jedem Fall reversibel ist. Für uns ist klar:  
1500 Wir sprechen jeder Person die Autonomie zu, selbst entscheiden zu können, was mit dem eigenen  
1501 Körper passiert und ob ein Kinderwunsch besteht oder nicht. Zur reproduktiven Selbstbestimmung

1502 gehört für uns deshalb selbstverständlich auch die Sterilisation für Frauen und Menschen mit  
1503 Uterus!

1504 Besonders prekär: In Deutschland gesellt sich zu der patriarchalen Tabuisierung noch eine  
1505 erhebliche ökonomische Belastung bei einer Sterilisation. Denn: In der Regel müssen die  
1506 Betroffenen selbst für die Sterilisation aufkommen; Krankenkassen zahlen meist nur jene  
1507 Sterilisationen, die medizinisch notwendig sind. Weshalb eine Person, die sich selbst über die  
1508 eigenen Wünsche und Bedürfnisse im klaren ist, aus Geldnot über Jahre hinweg auf  
1509 Verhütungsmittel angewiesen sein sollte, weil eine Sterilisation, die bis zu 1000 Euro kosten kann,  
1510 nicht möglich scheint, ist unklar. Dies betrifft selbstverständlich auch die Vasektomie, die in  
1511 Deutschland ebensowenig von Krankenkassen bezahlt wird, wenn keine medizinische  
1512 Notwendigkeit besteht.

1513

1514 Deshalb fordern wir:

- 1515 - Die Enttabuisierung der Sterilisation bei Frauen, besonders bei jungen Frauen!
- 1516 - Die Kostenübernahme von Krankenkassen für Sterilisationen und Vasektomien und zwar in jedem  
1517 Fall.

1518

### 1519 **Die feministische Dimension der reproduktiven Selbstbestimmung**

1520

1521 Für uns als feministischen Richtungsverband ist die Analyse patriarchaler Verhältnisse unserer  
1522 Gesellschaft in allen Fällen grundlegend. Deshalb bleibt abschließend festzustellen, dass die Debatte  
1523 um reproduktive Selbstbestimmung niemals ohne die feministische Perspektive zu führen ist. Für  
1524 uns stellt es in diesem Zusammenhang keinen Zufall dar, dass ausgerechnet die Behandlungen der  
1525 reproduktiven Selbstbestimmung, die sich an Frauen und Menschen mit Uterus richten, strenger  
1526 reguliert sind. Etwa die Vasektomie ist bei Männern gängige Praxis, obwohl sie auch bei ihnen nicht  
1527 in jedem Fall reversibel ist. Und auch die Samenspende ist erlaubt und seit Jahrzehnten geregelt.  
1528 Natürlich ist zwischen der körperlichen Belastung bei Eizellspende und Samenspende durch den\*die  
1529 Spender\*in zu unterscheiden: Klar ist jedoch, dass für jeden medizinischen Eingriff gelten sollte,  
1530 dass die betroffene Person unter Rat der zuständigen Fachärzt\*innen selbst beurteilen kann, ob das  
1531 Risiko für sie vertretbar ist. Ist dies der Fall, sollte keine gesellschaftliche Auffassung von Frauen als  
1532 Mütter oder Vorstellungen von Kernfamilien im Sinne der heterosexuellen Norm darüber  
1533 entscheiden, wie die reproduktive Selbstbestimmung gestaltet wird.

1534 **A7 Wir bleiben alle LinX!**

1535

1536

1537 Antifaschismus ist einer der Grundpfeiler von uns Jusos. Darum ist der konsequente und solidarische  
1538 antifaschistische Kampf fester Bestandteil unserer Juso-Arbeit. Während der Kampf gegen rechts  
1539 von staatlicher Seite nicht konsequent geführt wird, erleben Antifaschist\*innen Repression oder  
1540 werden gar kriminalisiert. Dem gilt es sich entgegenzustellen.

1541

1542 **§ 129a raus aus dem Strafgesetzbuch!**

1543

1544 Im Rechtssystem der BRD steht keine andere Norm so sehr für die Kriminalisierung antifaschistischer  
1545 Arbeit wie § 129a StGB. Der Paragraf wurde 1974 als sogenannte "Lex RAF" innerhalb von nur  
1546 wenigen Tagen in Vorbereitung auf den RAF-Prozess in Stammheim verabschiedet und kriminalisiert  
1547 die "Bildung einer terroristischen Vereinigung". Darunter fällt nicht nur die aktive Mitgliedschaft in  
1548 einer solchen Vereinigung, sondern auch die wie auch immer geartete Unterstützung dieser.

1549

1550 Erhebliche verfassungsrechtliche Probleme bereitet hier zum einen die Vorverlegung der  
1551 Strafbarkeit bis vor die Vorbereitung einer konkreten Straftat. Die Schaffung eines solchen  
1552 "Gummiparagrafen" birgt die Gefahr einer strafrechtlichen Verfolgung von politischen  
1553 Aktivist\*innen. So kriminalisiert § 129a StGB bereits im politischen Kontext alltägliche Handlungen  
1554 wie Gruppentreffen, welche andernfalls nicht unter einen bestimmten Straftatbestand gefallen  
1555 wären, als mögliche Vorbereitungshandlungen. So werden auch Personen, die sonst nie wegen  
1556 eines Rechtsbruchs hätten verfolgt werden können, in das Visier der Ermittler\*innen geraten.

1557

1558 Zum anderen legitimiert ein Strafverfahren nach § 129a StGB auch erhebliche  
1559 Überwachungsmaßnahmen gegen die Beschuldigten. So können die Behörden umfassende  
1560 Abhörmaßnahmen gegen Betroffene einsetzen. Die geringe Erfolgsquote von Strafverfahren nach §  
1561 129a StGB lässt darauf schließen, dass der Paragraf eher eine willkommene Abkürzung ist, um  
1562 Aktivist\*innen überwachen zu können.

1563

1564 Der § 129a StGB, dessen Existenz heute mit der Bedrohung durch islamistischen oder rechten Terror  
1565 legitimiert wird, zeigt in der Realität wenig Wirkung. Er bietet ein Einfallstor in die Grundrechte von  
1566 politischen Aktivist\*innen und legitimiert repressives Vorgehen durch die Sicherheitsbehörden  
1567 gegen ansonsten unbeteiligte Personen. In der Praxis verlagert sich die Verfolgung von angeblichen  
1568 oder tatsächlichen Terrorverdächtigen zudem immer stärker aus dem Aufgabenbereich der  
1569 Strafverfolgung in den der Geheimdienste. Im Rahmen einer umfassenden Justizreform, die auch  
1570 die Abschaffung des Verfassungsschutzes beinhaltet, muss deshalb auch § 129a StGB gestrichen und  
1571 § 129 StGB reformiert werden.

1572

1573 **Von Hufeisen und weiteren Märchen**

1574

1575 Da repressive Gesetze, wie das neue Versammlungsgesetz in NRW, eine Bedrohung für  
1576 antifaschistische Arbeit und die Sicherheit von Antifaschist\*innen darstellen, stellen wir uns gegen  
1577 jede gesetzliche Repression! Maßnahmen wie das Militanzverbot oder die Veröffentlichung der  
1578 Namen von Demoanmelder\*innen sind gezielte Angriffe auf antifaschistischen Protest. Darum  
1579 beziehen wir uns auf unsere bereits bestehenden Beschlusslagen gegen das Versammlungsgesetz  
1580 und fordern weiterhin, dass dieses mit einer neuen Landesregierung überarbeitet und deutlich  
1581 weniger repressiv wird! Antifaschistischer Protest muss möglich und für Antifaschist\*innen sicher  
1582 sein!

1583

1584 Auch bei der Hufeisentheorie berufen wir uns auf unsere Beschlusslagen. Die Hufeisentheorie, also  
1585 die Gleichsetzung von Linksextremismus und Rechtsextremismus, lehnen wir klar und deutlich ab.  
1586 Dazu gehört auch diese nicht zu reproduzieren und innerhalb der Partei eine klare Abgrenzung zur  
1587 Hufeisentheorie zu fordern. Statements gegen rechte Gewalt dürfen nicht den "aber die Linken!"-  
1588 Reflex beinhalten. Auch den sozialwissenschaftlich umstrittenen Extremismus-Begriff, dem eine  
1589 bürgerliche Vorstellung einer vermeintlich rationalen "Mitte" und irrationalen und daher  
1590 gleichwertig abzulehnenden "Extremen" zugrunde liegt (siehe Hufeisentheorie), lehnen wir  
1591 entschieden ab und verwenden alternative Beschreibungen. Für uns ist klar: die Feind\*innen stehen  
1592 rechts, die Freund\*innen stehen links!

1593

1594 **Unser Umgang mit der Berichterstattung: Kein Platz für rechte Opfermythen in den Medien!**

1595

1596 Entlang der oben aufgeführten Grundsätze sollten wir auch unseren Umgang mit  
1597 Medienberichterstattung kritisch hinterfragen. Framings (also bestimmte Rahmenerzählungen),  
1598 welche linken und rechten Aktivismus losgelöst von den gesellschaftlichen Verhältnissen als  
1599 moralisch gleichwertige Phänomene darstellen, lehnen wir ab. Jüngst geschah dies beispielsweise  
1600 bei einer Dokumentation des öffentlich-rechtlichen Formats "Strg-F" über den Fall Lina E., wo  
1601 faschistische Hooligans eindimensional als Opfer vermeintlich "linksextremer" Gewalt dargestellt  
1602 wurden und nicht etwa auch ihre Verbindungen in die Neonazi-Szene und die Gefahr für  
1603 marginalisierte Gruppen, die von diesen Personen tagtäglich ausgeht, beleuchtet wurden. Dass eine  
1604 solch unterkomplexe Betrachtung selbst in öffentlich-rechtlichen Medien verfängt, kritisieren wir  
1605 deutlich. Auch in der SPD müssen wir kritisieren, wenn einseitige Berichterstattung oder unkritisch  
1606 Narrative von Geheimdiensten übernommen werden, die unrechtmäßig die wichtige Arbeit, die  
1607 Antifaschist\*innen leisten, diskreditieren. Formulierungen, die Rechts und Links gleichsetzen, wie  
1608 sie auch im neuen Koalitionsvertrag von SPD, FDP und Grünen zu finden sind, relativieren das  
1609 Gewaltpotential, welches von organisierten rechten Strukturen ausgeht, signifikant.

1610

1611 Investigative Berichterstattung über rechte Szene-Strukturen ist unerlässlich, in den etablierten  
1612 privaten und öffentlich-rechtlichen Medien jedoch vergleichsweise selten. Stattdessen übernehmen  
1613 diesen wichtigen Beitrag für die politische Bildung oft kleine, aus der linken Community finanzierte

1614 Publikationen wie das antifaschistische Magazin "der rechte Rand". Wir wollen, dass  
1615 antifaschistische Recherche in Zukunft stärker unterstützt wird und auch von öffentlich-rechtlichen  
1616 Medien mit der nötigen Sorgfalt im Rahmen ihres Sendeauftrags durchgeführt und veröffentlicht  
1617 werden.

1618

### 1619 **Unsere Aufgabe heißt Antifa**

1620

1621 Zum Schutz von Antifaschist\*innen können und müssen wir als Jusos selbst beitragen. Dazu gehört,  
1622 dass wir Fotos von Demos nur veröffentlichen, wenn Gesichter und weitere  
1623 Identifikationsmerkmale von Demoteilnehmer\*innen, die nicht zu den Jusos gehören, unkenntlich  
1624 gemacht wurden. Außerdem dürfen wir keine Doxxings (Sammeln und veröffentlichen  
1625 personenbezogener Daten im Netz) reproduzieren oder verbreiten, genauso wie bereits in der  
1626 Berichterstattung geleakte Namen, Gesichter oder weitere private Informationen über  
1627 Antifaschist\*innen. Konkret heißt das, dass wir sowohl bei unserem öffentlichen Auftritt, seien es  
1628 Redebeiträge, Social-Media-Postings oder Pressemitteilungen, als auch bei unserer internen  
1629 Bildungsarbeit, darauf achten, dass wir keinerlei unzensierte Bilder, volle Namen oder private bzw.  
1630 nicht zum Verständnis des Inhalts notwendige Informationen über Antifaschist\*innen verbreiten,  
1631 auch wenn diese bereits öffentlich sind. Oft tragen diese Informationen dazu bei, dass  
1632 Antifaschist\*innen bedroht oder gar angegriffen werden. Auch die Verunglimpfung von  
1633 Antifaschist\*innen in den Medien wird durch die Missachtung der Privatsphäre vorangetrieben.  
1634 Genauso können entsprechende Bilder oder Informationen Antifaschist\*innen in repressive  
1635 Problemsituationen mit Sicherheitsbehörden bringen. Um diesen für Antifaschist\*innen  
1636 problematischen Vorgängen nicht unterstützend zu wirken und Solidarität zur Praxis zu machen,  
1637 werden wir uns an der Informationsverbreitung nicht beteiligen. Außerdem bedeutet Solidarität  
1638 auch innerhalb unserer politischen Arbeit immer wieder Engagement für den Schutz von  
1639 Antifaschist\*innen zu leisten. Des Weiteren müssen wir uns auch intersektionale Perspektiven  
1640 unseres Antifaschismus vor Augen führen. So muss uns als antirassistischer Verband klar sein, dass  
1641 BIPOC unter Kriminalisierung durch Faschos oder auch die Polizei und Ermittlungsbehörden  
1642 besonders zu leiden haben. Denn sie trifft neben denen in diesem Antrag beschriebenen  
1643 Widerständen auch die volle Breitseite des strukturellen Rassismus.

1644

1645 In der Praxis bedeutet das, dass wir uns auf Demonstrationen solidarisch verhalten. Sogenanntes  
1646 "Anquatschen" ist leider eine häufig von Zivilbeamt\*innen verwendete Taktik, um Informationen  
1647 über antifaschistische Aktivist\*innen und Gruppen zu erhalten. Daraus folgt für uns, dass wir keine  
1648 Informationen über Aktionen oder Teilnehmende, die nicht öffentlich bekannt sind, an Unbekannte  
1649 weitergeben.

1650 Als politische Jugendorganisation haben wir uns für einen radikalen und bestimmten, aber  
1651 friedlichen Weg der politischen Auseinandersetzung entschieden. Die Ausübung von Gewalt auf  
1652 politischen Demonstrationen, die über den "zivilen Ungehorsam" hinausgeht, lehnen wir daher ab.  
1653 Das gilt explizit auch für gewaltsame Provokationen durch Sicherheitskräfte, welche das Ziel haben,

1654 eine Reaktion auszulösen und damit einen Vorwand zur Auflösung einer Veranstaltung zu geben.  
1655 Sollte es im Rahmen von politischen Aktionen, an denen wir als Jusos teilnehmen, zu gewaltsamen  
1656 Auseinandersetzungen kommen, müssen und werden wir das in der Rückschau im Rahmen unserer  
1657 Bündnistätigkeit und bei Bedarf auch öffentlich kritisieren. Das heißt jedoch nicht, dass wir dabei  
1658 unsolidarisch mit unseren Bündnispartner\*innen umgehen oder die oben dargelegten Grundsätze  
1659 zum Schutz von privaten Informationen missachten.

1660

## 1661 **Die Doppelmoral des Staates**

1662

1663 Während die Ermittlungen gegen Antifaschist\*innen mit großer Anstrengung verfolgt werden, lässt  
1664 sich das genaue Gegenteil beobachten, wenn es um rechte Gewalt geht.

1665 Wie unverhältnismäßig hart gegen Antifaschist\*innen vorgegangen wird, zeigt der Fall Lina E. Der  
1666 Antifaschistin Lina E. werden sechs Angriffe auf Rechtsextreme sowie die Bildung einer kriminellen  
1667 Vereinigung vorgeworfen. Die Beweislage ist eher dünn. Die Aussagen von Zeug\*innen werden teils  
1668 unglaubwürdig eingestuft oder die Beschreibungen treffen nicht auf Lina E. zu. Auch die Zuordnung  
1669 einer DNA-Mischspur ist fragwürdig. Auch ein abgehörtes Gespräch des Lebensgefährten von Lina  
1670 E. ist als Beweis im Prozess nicht zulässig. Weitere Beweise der Anklage sind Perücken, Handys,  
1671 PKW-Kennzeichen und Brillen, die in der Wohnung von Lina E. gefunden wurden. Obwohl die  
1672 Beweislage aktuell keineswegs die Vorwürfe an Lina E. stark untermauern kann, ist sie seit Monaten  
1673 in der JVA Chemnitz inhaftiert. Dabei hat Lina E. keine Vorstrafen oder ähnliches.

1674 Dennoch wurde Lina E. mit einem Hubschrauber nach ihrer Verhaftung im November 2020 nach  
1675 Karlsruhe zum Bundesgerichtshof geflogen. Ihrer Familie und Anwalt\*innen war Zeit und Ort der  
1676 Ankunft nicht bekannt, Journalist\*innen wurde diese Information zugesteckt. So entstanden Fotos,  
1677 wie man sie sonst nur von Terrorist\*innen kennt. Dabei gilt auch für Lina E. die  
1678 Unschuldsvermutung, solange ihr keine Taten vor Gericht nachgewiesen werden können.

1679 Außerdem war die Entdeckung von Lina E. als Verdächtige mehr Zufall als Ermittlungsergebnis. Um  
1680 gegen links zu ermitteln, wurde in Sachsen die SoKo LinX gegründet. Diese kam jedoch kaum zu  
1681 Ergebnissen, bis sie bei einer Verfolgungsjagd zufällig Lina E. aufgriff und somit begann gegen sie zu  
1682 ermitteln.

1683 Sieht man sich die Bemühungen der Staatsgewalt gegen rechte Gewalt an und schaut dann auf die  
1684 Bemühungen gegen Antifaschist\*innen zu ermitteln, so entsteht der Eindruck einer Doppelmoral.  
1685 Gegen links wird viel härter vorgegangen als gegen rechts, dabei ist die Gefahr rechter Gewalt viel  
1686 größer. Gleichzeitig wird Antifaschismus, der dringend notwendig ist, um rechte Gewalt zu stoppen,  
1687 durch die Sicherheitsbehörden klein gehalten. Besonders gravierend im Kampf gegen rechte Gewalt  
1688 wiegt das Dauerversagen des Verfassungsschutzes, der gleichzeitig gerne gegen links ermittelt.  
1689 Darum berufen wir uns auf unsere bereits bestehenden Beschlusslagen und fordern erneut:  
1690 Verfassungsschutz abschaffen!

1691 Wir fordern einen fairen und rechtsstaatlichen Umgang mit Antifaschist\*innen, die unter Verdacht  
1692 stehen Straftaten begangen zu haben. Dazu gehört auch die Unschuldsvermutung und das Framing  
1693 in Pressekonferenzen und Medien. Wir leugnen nicht die Existenz linker Gewalt, dennoch kritisieren

1694 wir die Verzerrung der Realität, wenn der Eindruck entsteht diese sei ein größeres Problem als  
1695 rechte Gewalt. Denn das Gegenteil ist der Fall. Wir fordern außerdem konsequente Ermittlungen  
1696 gegen rechte Gewalt und Aufklärung!

1697

1698 Ein weiteres hochaktuelles Beispiel für die unzureichende und teilweise hochgradig fehlerhafte und  
1699 geradezu nachlässige Polizeiarbeit ist der Fall Fretterode. Zu den Hintergründen: 2018 versuchten  
1700 zwei Journalisten der Linken Szene in Hohengandern ein durch einen NPD-Funktionär veranlassetes  
1701 rechtes Treffen zu filmen. Anschließend wurden sie von zwei Männern verfolgt, überfallen und so  
1702 brutal verletzt, dass sie den Angriff nur knapp überlebten. Während der Aufklärung des Falls, dessen  
1703 Prozess erst im September 2021, 3 Jahre nach der Tat begann, kamen zahlreiche Fehler der Polizei  
1704 ans Licht. So wurden beispielsweise Beweismittel durch inadäquate Observierung und  
1705 Durchsuchung des Grundstücks des NPD-Funktionärs verloren. Auch die Haftbefehle gegen die  
1706 mutmaßlichen Täter erfolgten nicht unmittelbar nach der Tat, obwohl der Polizei eindeutige  
1707 Zeug\*innenaussagen und sogar Fotos der Täter vorlagen. Die Glaubwürdigkeit der Opfer wurde  
1708 währenddessen durch öffentliche Aussagen der Staatsanwaltschaft immer wieder in Frage gestellt,  
1709 sowie der Gerichtsprozess unverhältnismäßig lang herausgeschoben.

1710

1711 Auch während des bisherigen Prozessverlaufs wurde durch den Verteidiger der Angeklagten immer  
1712 wieder das Narrativ des Linksterrorismus bedient und Solidaritätskundgebungen für die Opfer durch  
1713 die Polizei als Störungen eingestuft und damit letztendlich kriminalisiert. Gleichzeitig werden  
1714 dubiose Pausengespräche zwischen einem Polizeibeamten und der Verteidigung beobachtet, bei  
1715 der ein Beamter den Verteidigungsanwalt fragte, ob seine Aussage "in Ordnung" gewesen sei. Auch  
1716 die Anklage der Staatsanwaltschaft, die den Beschuldigten Sachbeschädigung, gefährliche  
1717 Körperverletzung und schweren Raub vorwirft, verharmlost das Geschehene und wird deshalb zum  
1718 Beispiel von der Opferberatung Ezra stark kritisiert: Da die beiden Journalisten nur mit Glück  
1719 überlebt haben, sei es angemessen, die Tat als Tötungsdelikt einzustufen.

1720

1721 Durch den gesamte Prozess- und Ermittlungsarbeit hinweg fehlt also von staatlicher Seite nicht nur  
1722 die Unterstützung der Opfer, sondern es wird gleichzeitig auch an mehreren Stellen rechten  
1723 Gruppen geradezu unterstützend in die Hände gespielt. Die Folge ist einmal mehr die  
1724 Verharmlosung rechter Gewalt Hand in Hand mit dem hufeisentheoretischen Narrativ des  
1725 Linksextremismus. Wenn selbst staatliche Behörden und Beamt\*innen sich nicht davor scheuen,  
1726 dieses zu reproduzieren, so ist es nicht verwunderlich, dass auch in der Gesellschaft in vielen Köpfen  
1727 Linksextremismus auf einer Stufe mit Rechtsextremismus gesehen wird. Dieses Denken darf nicht  
1728 durch den Staat und das Handeln seiner Bediensteten gefördert werden!

1729

1730 Allen voran die Polizei muss sicherstellen, dass ihre Beamt\*innen nicht mit Rechten sympathisieren  
1731 oder ihnen im schlimmsten Fall wie in Fretterode entgegenkommen. Es kann nicht sein, dass Rechte  
1732 Gruppierungen sei es auf Demos oder in Prozessen mehr Schutz und Unterstützung erhalten als  
1733 linke (Gegen-)demonstrant\*innen, Aktivist\*innen oder Opfer rechter Gewalt. Wenn nicht einmal

1734 staatliche Stellen Opfern rechtsradikaler Gewalt Unterstützung bieten und gleichzeitig auch noch  
1735 Beschuldigungen des Linksextremismus in die Welt tragen, ist es an der Zeit, eine unabhängige  
1736 Instanz einzuführen. Wir plädieren deshalb für eine unabhängige Beschwerdestelle, um strukturelle  
1737 Missstände innerhalb staatlicher Behörden (allen voran der Polizei) schnell und gründlich erkennen  
1738 und bekämpfen zu können. Ferner schließen wir uns vorangegangenen Juso-Beschlusslagen an und  
1739 fordern die Abschaffung des Verfassungsschutzes in seiner jetzigen Form.

1740

1741 **Wir sind alle Antifa, wir bleiben LinX!**

1742

1743 Antifaschismus ist unverzichtbar für demokratische Gesellschaften. Darum ist der Antifaschismus  
1744 für uns Jusos eine wichtige Aufgabe. Dazu gehört auch die Zusammenarbeit mit  
1745 Bündnispartner\*innen und anderen Antifaschist\*innen. Antifaschismus muss konsequent und  
1746 solidarisch sein. Darum stellen wir uns gegen die Kriminalisierung und Repression von  
1747 Antifaschismus und solidarisieren uns mit allen betroffenen Antifaschist\*innen! Denn wir sind alle  
1748 Antifa, siamo tutti antifascisti!

1749

1750 **Deshalb fordern wir:**

1751

- 1752 - die Abschaffung des repressiven § 129a StGB und Reformation des § 129 StGB.
- 1753 - eine unvoreingenommene Berichterstattung in den Medien, frei von rechten  
1754 Verschwörungsmaythen und dem Hufeisen-Narrativ.
- 1755 - Die Förderung kritischer Recherche zu faschistischen und neonazistischen Strukturen in  
1756 Deutschland.
- 1757 - einen verantwortungsvollen Umgang mit den Opfern faschistischer Straftaten in allen  
1758 staatlichen Behörden, insbesondere der Polizei.
- 1759 - die Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle für Opfer unangemessener Polizei- und  
1760 sonstiger Staatsarbeit.
- 1761 - die Abschaffung des repressiven Versammlungsgesetzes in NRW
- 1762 - die Ablehnung der sogenannten Hufeisentheorie und eine kritische Betrachtung des  
1763 Extremismus-Begriffs in unserem Verband und der SPD.
- 1764 - keine Reproduktion von geleakten oder gedoxxten Informationen oder Fotos von  
1765 Antifaschist\*innen sowie die Achtung ihrer Privatsphäre innerhalb unseres Verbands.
- 1766 - dass wir unsere Fotos von Demos und Aktionen nur veröffentlichen bzw. verbreiten, wenn  
1767 alle Gesichter und weiteren Erkennungsmerkmale (wie z.B. Tattoos) von allen  
1768 Demoteilnehmer\*innen, die nicht Jusos sind, unkenntlich gemacht wurden
- 1769 - ein fairer und rechtsstaatlicher Umgang mit Antifaschist\*innen, dazu gehört das Prinzip der  
1770 Unschuldsvermutung
- 1771 - Aufklärung rechter Gewalt und die Bekämpfung rechter Gewalt
- 1772 - Verfassungsschutz in seiner jetzigen Form abschaffen
- 1773 - Solidarität mit Antifaschist\*innen immer und überall